

Ausgabe
Herbst 2001 **6**

Der

Störenfried

- unabhängig & unerbittlich -

Spendenpreis: 1,50



Aus dem Inhalt:

Terroranschläge in den USA und ihre Folgen

Thesen zu den Globalisierungsprotesten

Die Atompolitik angreifen - Castortransporte stoppen!

Buchvorstellung: Bookchin - Die Neugestaltung der Gesellschaft

Gegen den alltäglichen Rassismus - Das Grenzcamp in Frankfurt

Inhalt

- 3 Zu diesem Heft**
- 4 Das Ende der Gemütlichkeit**
Die Globalisierung der Brutalität
- 6 "9-11"**
Die Terroranschläge und die Linke
- 8 Terrorismus**
Gedanken zu den Ursachen des Hasses
- 10 Kurzmeldungen**
- 13 Erlebnisgastronomie für Zurückgebliebene**
Unser Gastro-Tip: "Zum Reinheitsgebot"
- 14 Die Atompolitik angreifen - Castortransporte stoppen!**
Zum Widerstand in den nächsten Monaten
- 16 Gegen staatlichen und Alltagsrassismus**
Das antirassistisches Grenzcamp 2001 in Frankfurt
- 19 Zitate des Quartals**
- 20 Genua im Juli 2001**
Erste Thesen der Gruppe Wildcat.
- 24 Schuften für die Herrenrasse**
NS-Zwangsarbeit in Magdeburg (Teil 2)
- 26 Die Neugestaltung der Gesellschaft**
Buchbesprechung
- 30 Zeitungsschau**
- 32 „Born To Be Wild“**
Gedanken aus der Hängematte
- 34 Tränenreicher Abschied**
Nachruf auf W. Polte
- 35 Postecke**
- 36 Termine**

Zu diesem Heft

Störenfried - Klappe, die sechste. Zwar etwas verspätet, aber nun ist es vollbracht. Wie ihr euch sicher denken könnt, nimmt die Diskussion um die Ereignisse in den USA und nun auch anderswo breiten Raum ein. Bei uns trudelten zu diesem Thema mehrere Artikelangebote ein, so daß wir uns erstmals in die Lage versetzt fanden, auswählen zu können. Allerdings war das nicht so einfach, da sich die Argumentationen oftmals ähnelten. Letztendlich haben wir eine erste kurze Analyse der derzeitigen Situation, einen Beitrag zu den Reaktionen speziell in der Linken sowie einen Beitrag eines amerikanischen Pfarers über die Verstrickungen der USA in der dritten Welt ausgewählt. Die anderen, nicht veröffentlichten Beiträge könnt ihr auf unserer Webseite einsehen.

Aber auch zu anderen Themen erreichten uns Beiträge, die wir auf Grund mangelnden Platzes nicht mehr mit ins Heft nehmen konnten. Sofern möglich, werden wir sie in der nächsten Ausgabe berücksichtigen. Ursprünglich sollte in dieser Ausgabe die Berichterstattung zu den Ereignissen in Genua breiteren Raum einnehmen, was wir aus aktuellem Anlaß aber ändern mußten. Wir haben daher nur einen Artikel der Gruppe Wildcat ausgewählt, die in einigen Thesen eine erste Analyse vorlegte, die uns derzeit als eine der fundiertesten erscheint.

Weiterhin gibt es einen kritischen Bericht vom diesjährigen Grenzcamp in Frankfurt, eine kurze Einschätzung des AntiCastor-Netzwerkes Magdeburg zu den bevorstehenden Castortransporten (dazu wird es am 16.10. eine Veranstaltung im Blaue Welt Archiv geben), sowie Kurzmeldungen zu (lokalen) Ereignissen im letzten Quartal. Leider mussten wir die uns großteils wie-

der selbst zusammensuchen, da die Berichtsfreudigkeit der diversen Gruppen in und um MD doch noch sehr zu wünschen übrigläßt. Gegenöffentlichkeit zu schaffen ist schon schwer genug, wenn aber die vorhandenen Möglichkeiten gar nicht genutzt werden, braucht man sich über mangelnde oder verzerrte Berichterstattung in den Medien nicht zu beschweren. Auch beim leidigen Thema Termine ist keine Besserung abzusehen. Von bes/ELSA ist diesmal gar kein Termin im Heft, da trotz mehrfachen Bettelns keinerlei Reaktion erfolgte, die Termine vom Montagecafe sind eher zufällig noch nach Redaktionsschluß ins Heft gelangt und vom AZ kam (erwartungsgemäß) wieder mal nix. Aber auch wir vom Archiv müssen uns da selbst an die Nase fassen, auch wir haben keine vernünftige Quartalsplanung auf die Reihe bekommen. Wer aktuelle Infos sucht, sollte daher auf jeden Fall auf unseren Webseiten nachschauen, dort werden in der nächsten Zeit mit Sicherheit noch ein paar Termine nachgereicht.

Last but not least gibt es diesmal wieder eine ausführlicher Buchvorstellung eines schon etwas älteren, aber immer noch aktuellen Buches des us-amerikanischen Anarchisten M. Bookchin. Und auch unsere Zeitungsschau haben wir etwas nutzungsfreundlicher gestaltet. Diesmal haben wir weniger Zeitschriften vorgestellt, dafür aber ein wenig ausführlicher. Wem also was interessant erscheint - einfach im Archiv (mittwochs von 17-19.30 Uhr oder auch nach Vereinbarung) vorbeischaun. Ihr könnt die Teile bei uns lesen oder aber auch kopieren.

Viel Spass beim Lesen wünschen

die Störenfriede

Das Ende der Gemütlichkeit

Die Globalisierung der Brutalität

Das, was der spanische Autor Heleno Sana Anfang der 90er Jahre in seinem gleichnamigen Buch ankündigte, ist nun auch für die meisten Menschen in den Staaten des Westens spürbar geworden: das "Ende der Gemütlichkeit".

Nicht nur die Terroranschläge vom 11. September sind ein untrügliches Zeichen für den Beginn dafür, dass Lebensumstände, vor denen sich die meisten hierzulande geschützt wähnten, nicht mehr nur Alltag für die überwiegende Mehrheit der Menschen in den Ländern der dritten Welt sind, sondern auch zunehmend unseren Alltag bestimmen.

Der menschenverachtende Anschlag stellt jedoch weder den Beginn eines Krieges (wenn dann schon eher die Fortsetzung) dar, sondern den vorläufigen Gipfelpunkt einer weltweiten Entwicklung seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Ende der "zweiten Welt" begann - zu der Zeit für viele noch weitgehend unbemerkt - auch eine neuen Ära in der "ersten Welt". Der Alltag ist von einer zunehmenden Brutalisierung geprägt; die Hemmschwelle zur Anwendung von Zwang und Gewalt im täglichen Leben wie in der Politik wird immer niedriger. Der Krieg hat sich als Mittel der Politik wieder fest etabliert, kaum jemand empfindet noch was besonderes, wenn der nächste Auslandseinsatz der Bundeswehr verkündet wird. Im sozialen Bereich kommt es - von vielen nicht Betroffenen wohlwollend zur Kenntnis genommen - nicht nur zum massiven Abbau von Leistungen, sondern auch zur Anwendung von Zwangsmitteln und staatlich geförderter

Stigmatisierung. Spontane Gewaltausbrüche perspektivloser Jugendlicher in den Ghettos der Vorstädte der westlichen Metropolen greifen um sich. Was in vergangenen Zeiten oft noch mit (linken) politischen Zielen verbunden war, äußert sich heute meist nur noch in Zerstörungswut und Gewalt gegen andere Menschen.

Auf der anderen Seite müssen weder Arbeitgeber noch Politiker sich noch Selbstbeschränkungen auferlegen, wenn es gilt, ihre Interessen durchzusetzen. In den Ländern, in denen rechtsautoritäre Parteien an der Regierung beteiligt sind (Österreich, Italien...), zeichnet sich ab, dass die Ausschreitungen polizeilicher Schläger immer unverhohlener geduldet oder gar gefördert werden. Aber auch unter sozialdemokratischen Regierungen wird immer härter durchgegriffen und "mehr Handlungsfreiheiten" für die "Sicherheitskräfte" gefordert - bereits vor den Anschlägen.

Jedoch erscheinen die Zustände hierzulande - verglichen mit denen in der dritten Welt - noch als paradiesisch. Die Menschen dort werden heute noch nicht einmal mehr als Manövriermasse im Kampf der Systeme benötigt. Man erinnert sich ihrer nur, wenn die "Sicherheitsinteressen" - soll heißen die Rohstoffzufuhr - des Westens gefährdet sind. Ansonsten werden die ausgeplünderten Länder i.d.R. mit ihren Problemen allein gelassen.

Die Terroranschläge islamistischer Fanatiker selbst jedoch tragen eindeutig

faschistoide Züge. Menschen als Waffe zu benutzen um damit gezielt Unschuldige zu töten, kann man nur noch mit den Verbrechen der Nazis vergleichen. Da hilft es auch nicht, das unermessliche Leiden der vom Imperialismus der USA betroffenen Völker der dritten Welt ins Felde zu führen. Mit Sicherheit hat die neokolonialistische Politik der USA und der restlichen Staaten der "ersten Welt", die oft genug ebenfalls terroristische Züge trug und trägt, dazu beigetragen, dass die perversen Vorstellungen islamistischer Extremisten einen derartigen Einfluß erlangen konnten. Jedoch dürften die Taten nicht von verzweifelten Hungerigen aus palästinensischen Flüchtlingslagern verübt worden sein, sondern von ebenso gut (aus-)gebildeten wie fanatischen Ideologen aus der arabischen Mittelschicht. Ihr Ziel war nicht antikapitalistisch motiviert, es ging ihnen nicht um die Befreiung der Unterdrückten in der dritten Welt, sondern um die Macht finsterster, religiös verbrämter Demagogen. Und es ging ihnen dabei (noch) nicht um die Machtergreifung im Weltmaßstab, sondern wohl eher in "ihrem" Einflußgebiet. Der Anschlag auf Objekte von hohem Symbolwert in diesen Ländern wohl meistgehaßten Staat, den USA, dürfte wohl zuerst dazu dienen, ihre Popularität im islamisch geprägten Raum zu verbreitern.

Es gibt also keinen Grund, dem ganzen irgendetwas Positives abzugewinnen. Unser Mitgefühl kann dabei nur den Opfern des Anschlages gelten, genauso wie es den Opfern der Bombenangriffe auf Jugoslawien, Irak oder sonstwo gilt.

Es gibt aber auch keinen Grund, sich mit den hiesigen Demagogen jeglicher Couleur zu solidarisieren, die da "uneingeschränkte Solidarität mit den USA" im

"Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei" fordern. Die hektischen Reaktionen der PolitikerInnen in der ersten Welt sind von der gleichen Logik geprägt wie die der islamistischen Fundamentalisten. "Zivilisation" (was immer man darunter auch verstehen mag) und "Barbarei" sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Zudem dürften die Terroranschläge als eine willkommene Legitimationsgrundlage für die weitere Verschärfung der "inneren und äußeren Sicherheit" dienen. Wir werden sicher nicht lange warten müssen, bis die ersten Parallelen von den Terroristen zu den Globalisierungsprotesten gezogen werden. Schließlich richten sich ja beide gegen das Herz der westlichen Welt - den "freien" Welthandel. Schon in Genua waren die polizeilichen Gewaltorgien von verbalen Attacken gegen die "Terroristen" im und um den "Schwarzen Block" begleitet. Die mit Sicherheit zunehmende Repression gegen islamistische Organisationen wird auch nicht auf diese beschränkt bleiben. Was das für unsere Arbeit in den verschiedensten linken Projekten bedeutet, wage ich mir gar nicht recht auszumalen.

Im Moment müssen wir (wieder mal) Feuerwehrpolitik betreiben, und versuchen, die Menschen hierzulande gegen den drohenden Krieg und für die Solidarität mit AusländerInnen vor den Auswüchsen der nun wieder um sich greifenden rassistischen Stimmungen zu mobilisieren. Jedoch sollten wir uns hüten, uns dabei auf vielfach vorhandene anti-amerikanische Ressentiments zu stützen. Denn daß die Zustände sind, wie sie sind, ist ein Problem des globalen - nicht des us-amerikanischen - kapitalistischen Systems. Und daß es (noch) keinen wirksamen Widerstand dagegen gibt, auch eines der Linken hierzulande.

9-11

Die Terroranschläge und die Linke

In den USA schreibt man das Datum anders als in Europa und so wird dort der 11.09.2001 zum 9-11-01. Die Zahl 911 entspricht auch der Nummer, unter der die amerikanischen Notdienste zu erreichen sind. Zynischer hätte man ein Datum für einen Mordanschlag kaum wählen können.

Bisher unbekannte Personen haben Verkehrsflugzeuge gekapert und in symbolträchtige amerikanische Gebäude geflogen. Das World Trade Center (WTC) steht nicht mehr, umliegende Gebäude werden abgerissen werden müssen und das Pentagon ist erheblich beschädigt. Die vierte der entführten Maschine wurde wahrscheinlich von Militärjets abgeschossen, bevor sie Schaden anrichten konnte.

Das WTC war schon einmal Ziel eines Anschlages, auch damals gab es kein Bekenner schreiben, keine Forderungen oder Gruppen, die in einen direkten Zusammenhang mit dem Anschlag zu stehen scheinen. Die andere Qualität dieses Anschlages lag in der professionellen Vorbereitung und Durchführung und in der Auswahl der Ziele. Den Attentätern war von vorneherein klar, welche Folgen ihr Handeln wahrscheinlich auslösen würde. Sie waren also keine Verrückten, sondern Teil einer sorgfältig, bewusst und überlegt handelnden Struktur.

Bewertet man die Tat an sich, so kommt es auf den Standpunkt an, den man vertritt. Versteht man sich als Teil einer emanzipatorisch und humanistisch ausgerichteten politischen Bewegung, kann man nur von Mord reden. Leider gibt es aber viele, die dies völlig anders sehen.

Rechtsextremisten haben gejubelt. Für sie ist endlich ein Symbol der verhassten Juden, Amerikaner und Kapitalisten zerstört worden. Nach ihrem Verständnis hat es endlich einmal die richtigen getroffen. Dies entspricht haargenau den rassistischen Denkmustern, die in wertem und unwertes Leben unterscheiden - und unwertes Leben darf man scheinbar vernichten. Für einen Rechtsextremen ist dies eine völlig widerspruchsfreie und, ihrer Ideologie folgend, logische Reaktion auf die Anschläge.

Was aber die Linke betrifft, zeigt sich auch da, wie wenig Inhalt hinter diversen Gutmenschenfassaden steckt. So manche hat sich klammheimlich gefreut, dass es endlich einmal die Richtigen getroffen hat. Es werden die gleichen dumpfen Rassismen wie bei den verhassten Rechten offenbar. Ich, ein cooler radikaler Autonomer bin gut und kämpfe gegen das Böse. Das Böse sind natürlich die anderen, also die Bonzen, Faschos, Kapitalisten usw. Sie zu töten ist O.K., denn sie sind ja die Bösen. Ganz Schlaue sagen dann, dass ja zumindest die Mitarbeiter des Pentagon den Tod verdient hätten.

Wenn man das Töten von Menschen befürwortet und an bestimmte Bedingungen knüpft, muss man damit rechnen, dass dies auch für einen selbst gelten kann. Sicher sind etliche der Angestellten im Pentagon verantwortlich für den tausendfachen Mord an Zivilisten überall dort, wo die amerikanische Kriegsmaschinerie zugeschlagen hat. Es ist ebenso unbestreitbar, dass im WTC Menschen gearbeitet haben, die mittelbar durch ihre aktive Verstrickung in den Neoliberalismus Menschen auf dem Gewissen haben. Was aber ist mit Putzfrauen, Handwerkern, Leuten die Getränkeautomaten auffüllen, dem Sanitärer der an den Protesten in Seattle beteiligt war usw. Haben die alle auch den Tod ver-

dient? Oder handelt es sich, ebenso wie bei jugoslawischen Zivilisten, um sogenannte "Kollateralschäden", die man nun mal leider in Kauf nehmen muss?

Gesteht man denen, die die Anschläge geplant, vorbereitet und durchgeführt haben das Recht zu, als Selbstverteidigung gegen die Auswirkungen von Kapitalismus und Imperialismus Menschen zu töten und sich wahllos an irgend welchen Menschen zu rächen, so muss man dieses Recht auf Mord und Rache auch seinen Gegnern zugestehen.

Genau dieser Logik der Rache folgt jetzt die amerikanische Regierung (nicht die Amerikaner; es gibt auch in den USA Menschen, die Krieg und Kapitalismus abscheulich finden). Präsident Bush ist ebenso wie seine Gegner ein religiöser Fundamentalist, nur dass er sich als Christ bezeichnet. Er redet von Vergeltung und verwendet somit nur ein schöneres Wort als Rache. Er redet von Kreuzzug und Ehre des Landes, Zivilisation gegen die Barbaren und vom Kampf Gut gegen Böse. Diese martialische Rhetorik könnte genau so gut einer Rede von Goebbels entnommen sein und sie ist leider auch ebenso ernst gemeint.

Ob man es wahrhaben will oder nicht, die Politiker haben recht wenn sie sagen, jener Tag habe die Welt verändert. Jetzt läuft das übliche Krisenprogramm ab. Die Sicherheitsgesetze werden ausgeweitet, gegen jede Opposition an-

gewendet, jede Gegnerschaft zu Vergeltung und Krieg gegen den Terror wird als unmoralische Bedrohung der zivilisierten Welt ausgelegt werden. Dann kommt schließlich und endlich der Krieg, es werden wieder Menschen ermordet und Kolateralschäden bedauert. Kanzler Schröder zeichnete bereits den Blankoscheck und die ganz Harten freuen sich darauf, das wie anno dunnemals irgend ein Oberkommandierender "Now, the Germans to the front" ruft.

Linke sollten sich gut überlegen ob sie dieses Schablonendenken mittragen wollen oder ob sie sich endlich konsequent stereotypen Feindbildern verweigern. Es ist nicht besonders alternativ, sich über tote Amerikaner zu freuen. Es ist ebenso dumm zu glauben, jeder Feind der imperialistischen Wertegemeinschaft sei ein Verbündeter. Dummheit und Freund-Feind-Denken haben schon zu viele Menschen das Leben gekostet, egal ob in New York, Belgrad, Bagdad, Bad Kleinen oder Solingen. Es sind schon zu viele gestorben für Allah, das Vaterland oder die Revolution. Wenn es in der Linken so etwas wie einen kleinen gemeinsamsten Nenner gibt, dann wahrscheinlich die Idee einer

besseren, menschlicheren Welt.

Egal wie utopisch so eine Idee auch sein mag, eins ist klar; sie sollte nicht aus Mördern und Märtyrern bestehen.



Terrorismus

Gedanken zu den Ursachen des Hasses. Von Robert Bowman

Der folgende Text stammt von einem Bischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida/USA. Es handelt sich dabei um eine Reaktion auf Vergeltungsschläge der Clinton-Administration, deren Inhalt freilich auch und gerade heute seine Berechtigung hat. Robert Bowman flog 101 Kampfangriffe in Vietnam. Da üblicherweise alle Menschen, die sich nicht "uneingeschränkt" solidarisch mit den USA erklären, des Antiamerikanismus beschuldigt werden, lassen wir hier mal eine "unverdächtige" Quelle zu Wort kommen.

Wenn wir uns weiterhin über die wahren Hintergründe des Terrorismus täuschen lassen, wird er uns so lange weiter bedrohen, bis wir vernichtet werden. Die Wahrheit ist, daß keine unserer tausend Atomwaffen uns vor dieser Bedrohung schützen kann. Kein Star-War-System - ganz egal wie technisch hochentwickelt, ganz egal wie viele Milliarden Dollar hineingesteckt worden sind - kann uns vor einer Atomwaffe schützen, die in einem Segelboot oder in einer Cessna, in einem Koffer oder in einem Mietwagen ankommt. Nicht eine einzige Waffe in unserem riesigen Arsenal, nicht ein Cent der 270 Milliarden Dollar, die wir jährlich für sogenannte Verteidigung ausgeben, kann uns gegen eine Terroristenbombe schützen. Das ist eine militärische Tatsache.

Als Oberstleutnant im Ruhestand und jemand, der häufig Vorträge zum Thema nationale Sicherheit gibt, habe ich oft den Psalm 33 zitiert: "Wenn ein König in der Schlacht den Sieg erringt, dann verdankt

er das nicht seiner großen Armee; und wenn ein Krieger heil davonkommt, dann liegt es nicht an seinen starken Muskeln." Die Frage ergibt sich: "Was können wir dann tun? Gibt es denn nichts, wodurch wir unseren Bürgern Sicherheit bieten können?"

Doch! Aber um das zu begreifen, müssen wir die Wahrheit über die Bedrohung kennen. Als Präsident Clinton dem amerikanischen Volk erklärte, warum wir Afghanistan und den Sudan bombardierten, sagte er nicht die Wahrheit. Er sagte, wir wären das Ziel des Terrorismus, weil wir für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen. Unsinn!

Wir sind das Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. Wir sind das Ziel der Terroristen, weil wir gehaßt werden. Und wir werden gehaßt, weil unsere Regierung hassenswerte Taten begangen hat. In wievielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ausgetauscht, die nichts anderes als Marionetten und bereit waren, ihre eigenen Bürger an amerikanische Großkonzerne zu verkaufen?

Wir taten dies im Iran, als die US Marine und das CIA Mossadegh absetzten, weil er die Ölindustrie nationalisieren wollte. Wir ersetzten ihn durch den Schah, und wir bewaffneten, trainierten und bezahlten dessen gehaßte Geheimpolizei, die die Menschen im Iran versklavte und terrorisierte, nur um die finanziellen Interessen unserer Ölkonzerne zu schützen. Ist

es da ein Wunder, daß es Leute im Iran gibt, die uns hassen?

Wir taten dies in Chile. Wir taten dies in Vietnam. Und es ist noch nicht so lange her, da versuchten wir, es auch im Irak zu tun. Und natürlich, wie oft haben wir es in Nicaragua getan und in all den anderen latein-amerikanischen Bananenrepubliken? Wieder und wieder haben wir angesehene Führer verdrängt, die den Reichtum des Landes unter den Leuten, die dafür gearbeitet haben, verteilen wollten. Wir ersetzten sie durch mörderische Tyrannen, die ihre eigenen Leute verkauften, so daß der Reichtum des Landes durch Konzerne wie Domino Sugar, Folgers und Chiquita Banana ausgebeutet werden konnte.

In einem Land nach dem anderen hat unsere Regierung Demokratie vereitelt, Freiheit unterdrückt und ist auf den Menschenrechten herumgetrampelt. Deswegen wird sie rund um die Welt gehaßt. Und deswegen sind wir das Ziel der Terroristen. In Kanada genießen die Menschen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte; ebenso die Menschen in Norwegen und Schweden. Hast du schon mal von einer kanadischen Botschaft gehört, die bombardiert wurde? Oder von einer norwegischen oder schwedischen?

Wir werden nicht gehaßt, weil wir Demokratie ausüben, Freiheit schätzen oder die Menschenrechte unterstützen. Wir werden gehaßt, weil die amerikanische Regierung diese Dinge den Menschen in den Dritte-Welt-Ländern versagt, deren Rohstoffe von unseren Großkonzernen begehrt werden: Der Haß, den wir säen, ist zurückgekommen, um uns in der Form des Terrorismus zu bedrohen - und in der Zukunft: Atomterrorismus!

Sobald die Wahrheit erkannt ist, warum diese Bedrohung besteht, wird die Lösung klar: Wir müssen unsere Richtung ändern. Unsere Atomwaffen loszuwerden - gegebenenfalls einseitig - wird unsere Sicherheit erhöhen, und eine drastische Änderung unserer Außenpolitik wird sie garantieren.

Anstatt unsere Söhne und Töchter um die Welt zu schicken, um Araber zu töten, damit wir das Öl, das unter deren Sand liegt, haben können, sollten wir sie senden, um deren Infrastruktur wieder in Stand zu setzen, reines Wasser zu liefern und hungernde Kinder zu füttern. Anstatt damit weiterzumachen, tagtäglich Hunderte von irakischen Kindern durch unsere Sanktionen umzubringen, sollten wir den Irakern helfen, ihre Elektrizitätswerke, ihre Wasseraufbereitungsanlagen und ihre Krankenhäuser wieder aufzubauen - all die Sachen, die wir zerstörten und deren Wiederaufbau wir verhinderten.

Anstatt Terroristen und Todesschwadronen auszubilden, sollten wir die School of Americas schließen. Anstatt Aufstand, Zerrüttung, Mord und Terror weltweit zu unterstützen, sollten wir den CIA abschaffen und das Geld Hilfsorganisationen geben. Kurzum, wir sollten Gutes tun anstelle von Bösem. Wer würde versuchen, uns aufzuhalten? Wer würde uns hassen? Wer würde uns bombardieren wollen? Das ist die Wahrheit, die die amerikanischen Bürger und die Welt hören müssen.

Quelle: Der Pflug - Zeitschrift der Bruderhilfe, Nr. 45 (Februar 1999), The Plough Publishing House GB, Robertsbridge, East Sussex, TN32 5DR, United Kingdom

Wut und Trauer

Auch in Magdeburg kam es am Abend des 20.7. anlässlich des Todes von Carlo Giuliani, der in Genua von einem Polizisten erschossen wurde, zu wütenden Protesten. Als die Nachricht bekannt wurde versammelten sich gegen 22.00Uhr rund 40 Autonome zu einer Protestdemo.

Eine herbeigeeilte Polizeistreife wurde attackiert und in die Flucht getrieben, diverse Fensterscheiben gingen zu Bruch. Im Radio wurde berichtet, daß es anschließend 13 Festnahmen gegeben hätte, jedoch wurde keiner von den



Beteiligten vermißt. Es scheint, dass die Polizei im Nachhinein wahllos ihr verdächtig erscheinende Menschen von der Strasse weg verhaftet hat. Auch die „Volksstimme“ hatte sich im Vorfeld an der dümmlichen Stimmungsmache gegen die Proteste gegen den WTO-Gipfel beteiligt, als sie in ihrer Ausgabe vom selben Tage berichtete, daß die "Globalisierungs-Gegner" mit



"dem Einsatz chemischer und biologischer Waffen aus der Luft" gedroht hätten.

Am 23.7. zogen wiederum rund 50 Leute aus Protest gegen die Polizeigewalt durch Magdeburg. Auf dem Bahnhofsvorplatz eskalierte die Situation, als ein Ziviwagen mit Kamera auftauchte. Ein 15jähriger wurde brutal festgenommen, von mehreren Leuten wurden die Personalien festgestellt. Jedoch machten auch einige der Beamten in Gegenwart des Gefangenen den Kamerawagen für die entstandene Situation verantwortlich, die "nur wegen des verdamnten Kamerawagens eskaliert" sei. Vielleicht eine Lehre für die Zukunft?

Am 28.7. beteiligten sich dann an einem Trauermarsch knapp 100 Leute. Die Demonstration verlief friedlich, nicht zuletzt wegen der kaum präsenten Polizei.

Proteste auf Sparflamme

Am 4.8. fand in Bernburg ein "Bunt statt Braun"-Fest gegen die NPD-Demo statt. Das Ganze war eher ein Alibi-Volksfest von PDS, DGB & Co., ohne erkennbare antifaschistische Ausrichtung. Magdeburger Antifas geleiteten Flüchtlinge vom Asylbewerberheim zum Fest. Die Nazi-demo, die auf der anderen Saalseite stattfand, konnte weder von den Festbesuchern, noch von der Antifa verhin-

dert werden. Die Polizei hatte die beiden Brücken Bernburgs gesperrt, so daß trotz stundenlangem Katz- und Mausspiel es nicht gelang, in die Nähe der Nazidemo zu gelangen.

NPD verstärkt Aktivitäten in Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung bestätigt am 30.8. nach einer Kleinen Anfrage des PDS-Abgeordneten Matthias Gärtner, daß die NPD und ihr nahestehende Gruppierungen ihre Aktivitäten verstärken. Besonders Wert wird dabei auf den Aufbau des bisher eher schwachen Landesverbands der NPD gelegt.

Als organisatorischer Knotenpunkt dient dabei vorallem der Magdeburger Kreisverband. Die im Frühjahr vom Kreisvorsitzenden der NPD eröffnete Kneipe „Zum Reinheitsgebot“ in der Magdeburger Innenstadt dient dabei den Neonazis aus dem gesamten Bundesland als Tagungs-, Schulungs- und Partyraum. (aka)

Soziale Ursachen bekämpfen!



Unter diesem Motto fand am 23.9. eine Anti-Kriegs-Demonstration durch die Magdeburger Innenstadt statt. Die Beteiligung war mit ca. 250 Leuten eher

mäßig, jedoch traf das Anliegen der Demonstrierenden unter Passanten auf zumeist positive Resonanz.

2. Antirassistisches Workcamp

Auch in diesem Jahr haben sich Ende Seeptember wieder viele Jugendliche zum Antirassistischen Workcamp in Gardelegen getroffen, um die Mahnmale, die an die Verbrechen der Faschisten erinnern, zu erhalten. Ihre freiwillig auferlegte Arbeit war die Rekonstruktion der Gedenksteine an der letzlinger Todesmarschstrecke. Höhepunkt der Veranstaltung war eine Spontandemo zum außerhalb des Ortes liegenden Migrantenwohnheim. Das anschließende Ska-Konzert fand eine große Resonanz bei den Jugendlichen in der Umgebung. Finanziell sponserte "Miteinander e.V." das Camp und das Gelände stellte der "Kulturbahnhof e.V." zur Verfügung.

Feten in der Thiemstrasse

Anläßlich des einjährigen Bestehens des Wohnprojekthauses in der Thiemstraße feierten ihre BewohnerInnen am 7.7. gemeinsam mit zahlreichen Gästen ihr erstes Hoffest. Insgesamt kamen rund 150 Leute. Neben Getränken und Gegrilltem spielten 4 Bands unterschiedlicher Musikrichtung, es gab einen Büchertisch





des Blauen Welt Archivs und - trotz des schlechten Wetters - viel gute Stimmung. Am 22.9. folgte dann anlässlich des Buckauer Stadtteilstes eine weitere Hofparty in der Thiemstraße 13. Petrus war diesmal wieder nicht auf unserer Seite, neben ständigem Regen war es auch schon recht kalt. Daher kamen wohl auch nicht ganz so viel Leute wie im Juli, diesmal aber dafür auch einige Leute aus dem Stadtteil.

Festung Harz

Einen kleinen Vorgeschmack auf künftige alltägliche (?) Zustände bot kürzlich das Vorharz-Städtchen Quedlinburg. Anlässlich des Treffens Schröder/Aznar (span. Ministerpräsident) am 4.10. wurde die kleine Stadt in eine Festung verwandelt. Rund 1000 staatliche Sicherheitsleute, Scharfschützen, SEKler, Personenschützer... sicherten den Auftritt der „Volksvertreter“ vor dem Volk. Eine Schule wurde vorsorglich in einen Knast verwandelt.

Einige wenige Protestierende hatten kaum Zeit, ihren Unmut kundzutun, ihre „Kriegstreiber“-Rufe verstummten, denn: „Viel schneller als bei ähnlichen Anlässen verschwinden die jungen Männer in Polizeigewahrsam.“, wie die „Volksstimme“ vom 5.10. mit unverholener Zufriedenheit kundtat. Insgesamt gab es 4 Festnahmen und Platzverweise. Sogar ein 15jähriger musste sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen. „Der starke Staat hatte wohl Vorführbedarf“, kommentierte die örtliche Antifa HaQu.



Erlebnisgastronomie für Zurückgebliebene

Unser Gastro-Tip: „Zum Reinheitsgebot“

Falls du dich gerade durch die Magdeburger Innenstadt bewegst und etwa großen Durst verspürst – solltest du es dir nicht nehmen lassen, das kleine und nicht gerade feine Lokal im ehemaligen SKL-Gebäude in der Gericke-Straße, schräg gegenüber dem Finanzamt, zu besuchen.

Dort erwartet dich ein großzügig gehaltener Kantinen-Raum, der Erinnerungen an die seligen DDR-Zeiten wach werden läßt. An den Wänden des Lokals hängen Bilder – aber nicht vom Genossen Honecker, sondern diverse Soldatenportraits, die aus Zeiten stammen, in denen E.H. Großeltern sicher unerschrocken gegen das Sozialistengesetz kämpften. Auch die kitschig-mystischen Wikingerbildnisse sind irgendwie nicht in Honis Traditionsrahmen einzuordnen.

Die Bedienung, eine Frau mit kurzen arisch-blonden Haaren und unarischem Piercing (die deutsche Frau pierct sich nicht – das wußte schon der Führer!), sowie ein junger Mann mit nostalgischem Seitenscheitel, strahlt eine soldatisch-kühle Aura aus, so daß eine für Wotans Jünger eigentlich angenehm-gruselige Atmosphäre entstehen sollte.

Jedoch scheint dieses Flair alleine nicht auszureichen, genügend zahlende Gäste nordisch-reinen Blutes anzuziehen.

Da half es auch nichts, daß die Schenke, die früher auf den (wohl zu sehr an den unarischen Süden erinnernden) Namen „Sonneneck“ hörte, nun rassisch-korrekt in „Zum Reinheitsgebot“ umbenannt wurde.

So sehen sich die BetreiberInnen wohl gezwungen, dem Zielpublikum etwas Erlebnisgastronomie zu bieten. Nach einer zünftigen Einweihungsparty am 30.3. diesen Jahres, die von rund 70 Hitlerjungen und deutschen Mädels besucht wurde, fand am denkwürdigen 20. April diesen Jahres eine Geburtstagsfeier mit wenig denkfreudigen Zeit- bzw. Par-

teigenossen statt. Am 16.6. folgte ein geselliger „Kameradengeburtstag“ mit rund hundert verhinderten Heldentoten.

Sogar ein „Tag der politischen Aufklärung“ wurde hier am 30.6. durchgeführt – allerdings ohne erkennbaren Erfolg. Die bei der anschließenden Klassen- oder besser Rassenarbeit Durchgefallenen mußten dann am 22.9.



hier nachsitzen und nochmal die „Grundlagen nationaler Politik“ bimsen.

Für die Qualität der im Lokal dargereichten geistigen Umnebelung bürgt auch der Name des Kneipenführers: Matthias Güttler, nebenbei auch Chef des NPD-Kreisverbandes von Magdeburg und Pressesprecher der „Revolutionären Plattform“ um Steffen Hupka in der NPD. Bleibt zu hoffen, daß dieser die Grundlagen der nationalen Gastronomie nicht so gut beherrscht, wie die der Rattenfängerei und ziemlich bald wieder dahin verschwindet, wo er hingehört: in die Versenkung.

Die Atompolitik angreifen - Castortransporte stoppen!

Zum Widerstand in den nächsten Monaten

Im März rollte der erste Castortransport seit der Aufdeckung des "Kontaminations-Skandals" 1998. Über zehntausend Menschen waren im Wendland dagegen aktiv. In den Folgewochen versuchte die Polizeiführung den Widerstand zu demotivieren, indem innerhalb kürzester Zeit weitere Transporte durchgeführt wurden. Denn klar war: der Widerstand gegen Transporte in die Wiederaufarbeitung würde nicht die Dimension erreichen, die sich bei den Fuhren nach Gorleben zeigt. Ausserdem hoffte mensch darauf, der Castorwiderstand würde mit der Zeit aufhören, wenn ständig Transporte rollen und nur einige hundert Leute mobilisiert werden können.

Diese Rechnung ging nicht auf. Momentan hat die Anti-Atom-Bewegung einen langen Atem bewiesen. Kein Transport

Transporte und umfasste so gut wie immer nur einige dutzend Menschen. Heute kann kein Atomtransport mehr durchgezogen werden, ohne massiven Polizeieinsatz und ohne dass in den Massenmedien darüber berichtet wird. Wie diese Berichterstattung allerdings aussieht, muss natürlich kritisch hinterfragt werden.

In diesem Jahr wird es vermutlich noch grosse Blockaden geben, zu denen Tausende Leute erwartet (erhofft) werden. Im Zeitraum vom 15. Oktober bis 15. November ist mit einem Castortransport nach Gorleben zu rechnen. Genauere Zeitpläne werden wir gewiss einige Wochen vorher erfahren. Die Anti-AKW-Bewegung mobilisiert stark für den Widerstand gegen einen Transport in die Wiederaufarbeitung in diesem Monat. Es soll deutlich gemacht

"Die ‚Anti-Castor-Bewegung‘ kann selbst keine Straftaten begehen. Allerdings sind auch in Sachsen-Anhalt im zeitlichen Zusammenhang mit dem Transport von abgebrannten Brennelementen Straftaten wie Verleumdung (§ 187 StGB), Anleitung zu Straftaten (§ 130 a StGB) und gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr (§ 315 StGB) festgestellt worden."

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS zur polizeilichen Beobachtung der Anti-Castor-Bewegung in Sachsen-Anhalt.

konnte ungestört durchgeführt werden. Jeder einzelne musste mit tausenden PolizistInnen gesichert werden. Im Vergleich zum früheren Widerstand gegen WAA-Transporte ist ein deutlicher Anstieg zu erkennen: vor 1998 konnten die meisten Transporte von der Öffentlichkeit unbemerkt durchgezogen werden. Der Widerstand betraf nur einzelne ausgewählte

werden, dass nicht nur gegen Gorleben tausende auf die Strassen gehen. Die Bewegung wird sich einen Transport aussuchen, gegen den mobilisiert wird. Es wird vermutlich auch noch andere Transporte in diesem Zeitraum geben, gegen die lokale Initiativen aktiv werden. Um die Kräfte zu bündeln, wollen wir uns aber auf einen speziellen Atomtransport einigen und

dann eine grosse gemeinsame Blockade auf die Beine stellen. (Was natürlich eigene Aktionen ausserhalb nicht ausschließt!) Der genaue Termin wird hier vermutlich spätestens eine Woche vorher bekannt gegeben werden. Deshalb solltet ihr euch schon jetzt darauf einstellen, mobilisieren, Mitfahrgelegenheiten organisieren, und alles tun, damit wir kurzfristig agieren können.

Zu beiden Transporten werden wir versuchen, vom AntiCastorNetz Mitfahrgele-



genheiten zu organisieren und Gruppen von Menschen, die vor Ort aktiv werden wollen, zusammenzubringen. Deshalb die Bitte: Mobilisiert zu diesen Transporten! Sagt uns Bescheid (Infotelefon 0162-8608949), ob ihr Fahrzeuge zur Verfügung stellen könnt bzw. wieviele Leute mitfahren wollen! Kommt zu den Plena des Anti-CastorNetz (12.10. 18-21°° Uhr im BUND-Seminarraum, Olvenstedter Str. 10) bzw. zu den Castorvorbereitungstreffen.

Alle, die nicht nach Gorleben bzw. zum Blockadeort fahren wollen/können/dürfen, sollten sich Gedanken über Aktionen in Magdeburg machen. Kreativität ist gefragt! Das können symbolische Blockaden, Infostände, Malaktionen, ... sein. Infomaterial und anderes dafür findet ihr in

Atomtransport durch Sachsen-Anhalt?

Unsere Recherchen zum Castortransport nach Gorleben im März 2001 haben ergeben, dass eine der geplanten Ausweichstrecken durch Sachsen-Anhalt führte. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen hat die Initiative folgende mögliche Teilroute des Atommülltransports erfahren: Staßfurt - Schönebeck - Magdeburg - Stendal - Salzwedel - Uelzen. Ausserdem wurde bekannt, dass der Zug zum Auftanken entweder Bebra oder Magdeburg anfahren würde.

Beim nächsten Castortransport aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben könnten die Transportrouten denen des März-Castors ähneln. Die Polizei hat einen vergleichbar umfangreichen Einsatz wie im März angekündigt. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg rechnet mit noch mehr Widerstand, als beim letzten Transport.

Es stellt sich nun die Frage, inwiefern die anliegenden Orte über diese Möglichkeit informiert und vorbereitet sind.

unserer Anlaufstelle beim BUND. Informiert uns - sofern möglich - bitte über geplante und stattgefundene Aktionen, damit wir dafür mobilisieren bzw. berichten können.

Der "Atom-Konsens" ist kein Atomausstieg - er garantiert den störungsfreien Weiterbetrieb der AKW für weitere Jahrzehnte! Castortransporte sind der Lebensnerv der Atomindustrie! Ohne Bahn keinen Castor!

AntiCastorNetz Magdeburg

Gegen staatlichen und Alltagsrassismus

Das antirassistische Grenzcamp 2001 in Frankfurt

Nach Rothenburg und Forst fand das antirassistische Grenzcamp 2001 nicht wie gewohnt in ländlicher Idylle, sondern in der Banken - und Finanzmetropole Europas, Frankfurt am Main, statt. Etwa parallel dazu liefen noch Camps in Spanien, Polen und Slowenien. Aktionen dieser Camps richteten sich gegen organisierte Nazi-bandern, Alltagsrassismen lebende und denunziationsbereite Mitmenschen und in diesem Jahr schwerpunktmäßig gegen die staatliche Flüchtlingspolitik.

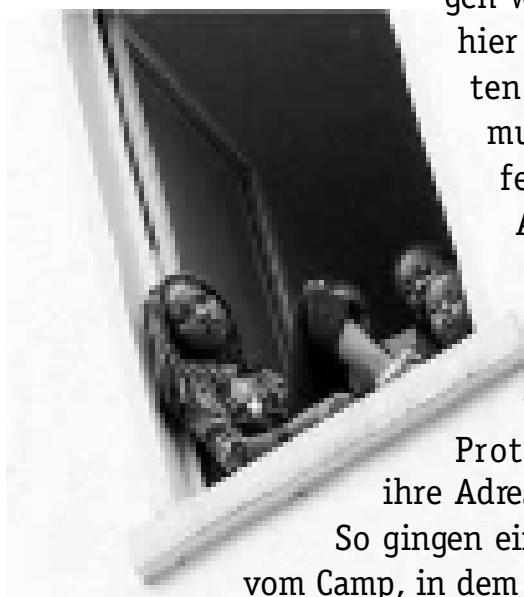
So war Frankfurt/M. denkbar günstig, befindet sich doch hier Deutschlands Abschiebeflughafen Nr. 1 mit jährlich über 10000 Deportationen, wobei bisher offiziell 2 Menschen ums Leben gekommen sind. Bis zu ihrer Abschiebung steckt man die Menschen aber noch in ein sog. Internierungslager, ein knastähnliches Gebilde mit Gitterfenstern, wo sie sich unter unmenschlichen Bedingungen seelisch auf ihre Deportation vorbereiten können. Da diese Politik staatlichen Rassismus´ von einem breitem Gesellschaftskonsens getra-

gen wird, und auch hier vom versteckten Alltagsrassismus bis zum offensichtlichen Ausländerhaß so ziemlich alles gelebt wird, richteten sich die Proteste auch an ihre Adresse.

So gingen eine Woche lang vom Camp, in dem sich zeitweilig

bis zu 1500 Menschen aufhielten, und an dem sich diesmal auch relativ viele Flüchtlinge und selbstorganisierte Flüchtlingsgruppen wie z.B. „The Voice“ beteiligten, Aktionen unterschiedlichster Art aus. Von Spaßguerrillaaktionen in der Frankfurter City, über konventionelle Demos bis hin zu Besetzungen von Börse, Ausländerbehörde und SPD-Fraktionsbüro, oder zu erfolgreichen Störungen von Flug- und Bahnverkehr.

In Frankfurts Innenstadt wurde ein Gebiet zur „deutschfreien Zone“ deklariert, Ausländer durften passieren, Deutsche mußten sich einer strengen Personalienkontrolle unterziehen und durften erst nach anschließendem Trällern der „Internationale“ passieren. (Gab's nix anderes?!?). Bei der Besetzung der Börse wurde das Verhalten deutscher Firmen gegenüber NS-Zwangsarbeitern angeprangert. Hier war auch der richtige Ort, um gegen die von Wirtschaftsunternehmen verursachte Verwertungslogik, also der Einteilung von Menschen in wirtschaftlich nützlich und unbrauchbar - entscheidendes Element staatlicher Flüchtlingspolitik - zu protestieren. An einem anderen Tag wurden die Ausländerbehörde, die Behörde also, die mit Daumen hoch oder runter über Menschen-schicksale entscheidet und das SPD-Fraktionsbüro besetzt und mit Transpis verschönert, um Protesten Ausdruck zu verleihen. Auch gab's eine Spontandemo zum Abschiebeknast nach Offenbach, wo sich viele Flüchtlinge seit längerer Zeit im Hungerstreik befanden, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und gegen die



erniedrigenden Behandlungen seitens der Polizei und der Behörden zu protestieren.

Während der gesamten Woche wurde immer wieder versucht, Bahn- und speziell den Flugverkehr zu stören. Versuche einzelner Gruppen, Terminals zu besetzen, schlugen wegen des Großaufgebots an Security und Polizei aber immer wieder fehl. Trotzdem konnte gerade der Flugverkehr erheblich gestört werden. Speziell die Abschlußdemo mit über 2000 Menschen zum Flughafeninternierungslager war aufgrund der großen Außenwirksamkeit ein großer Erfolg. Zwar hatte die Polizei schon einen riesigen Kessel vorbereitet, um im richtigen Augenblick zuschlagen zu können, sah aber - da die Demo bis auf wenige Zwischenfälle relativ peacig verlief - keinen Anlaß zum Eingreifen. Insgesamt war die Polizei sehr auf Deeskalation eingestimmt, was nach den brutalen und menschenverachtenden Übergriffen in Göteborg und Genua und dem daraus resultierenden Negativimage in der Öffentlichkeit nicht weiter verwunderte. Zum anderen verliefen die meisten Aktionen auch relativ friedlich, da sich viele Menschen ohne Paß oder gültige Aufenthaltsgenehmigung beteiligten. Bei Randalen hätte sie sich der Gefahr ausgesetzt, weggehaftet zu werden bzw. aufgrund der Residenzpflicht hohe Strafen zu kassieren. Bei Ausschreitungen wären sicherlich wieder mediale Negativbilder konstruiert wurden, was dem eigentlichen Anliegen des Camps mehr als geschadet hätte.

Was das Informieren anging, versuchte man sich mehr Mühe als bei anderen Aktionen zu geben. So gab's 'ne Campzeitung,



jede Menge Infomaterial und Presseinformationen, die auch Gehör fanden, um so das Camp nicht sinnlos verpuffen zu lassen. So berichtete auch CNN vom Camp und stellte es auf eine Stufe mit den Protesten von Göteborg und Genua; auch regionale und überregionale Tageszeitungen fanden Platz, mehr oder weniger lange Artikel zu veröffentlichen. So gesehen war das Camp auf alle Fälle ein Erfolg.

Und der Rest des Jahres?

Wie kann man diese Intensität, diese Kontinuität über einen langen Zeitraum organisieren, das Thema Abschiebepolitik immer wieder kritisch in die Medien bringen? Was ist mit der Kritik, die von Teilnehmern geäußert wurde? Vor allem wurde die Passivität vieler kritisiert, anzunehmen, was da ist, nur zu konsumieren, statt sich selbst mit eigenen Ideen und eigenem Handeln einzubringen. Warum gingen nicht viel mehr autonome, spontane Aktionen vom Camp aus?

Ein weiterer, wesentlicher Kritikpunkt kam von Seiten der Flüchtlingsorganisation „The Voice“, die sich nicht verstanden, nicht ernstgenommen fühlte. Das Ausein-

anderssetzen mit den Vorstellungen und Lebenslagen und Einbeziehen ihrer Ideen, was Proteste angeht, fände so gut wie gar nicht statt, meinten viele Flüchtlinge. Sie, um die es ja schließlich bei einem Kampf gegen rassistische Asylpolitik geht, fühlen sich ausgeschlossen. Sollte die deutsche Linke da nicht mal anfangen umzudenken und versuchen, eigene Visionen mit der Lebensrealität direkt Betroffener zu koppeln? Auch wenn es gerade da viele Unstimmigkeiten gibt, da Ansprüche und Ziele doch letztendlich sehr verschieden sind. Für die einen geht es um Existenzsiche-



rung, um die Anerkennung als Mensch, um das Zugestehen gleicher Rechte und Lebensbedingungen (-möglichkeiten), der Blick erstmal auf ein für sie realistisches Ziel gerichtet. Für die anderen geht es von einer existentiell zumindest einigermaßen abgesicherten Position aus darum, revolutionäre Visionen zu verwirklichen, Kapitalismus als grundlegendes Übel, Nationalstaatskonstrukte, Herrschaft und menschenverachtende Ungerechtigkeiten abzuschaffen.

Weitere Kritik machte sich an dem Punkt fest, daß zwar Themen, die mit Rassismus eng verbunden sind, wie z.B. Sexismus,

zwar thematisiert wurden, aber nie wirklich eingehend und zur Zufriedenheit aller Beteiligten diskutiert wurden, was aber auch wegen der großen Teilnehmerzahl (ca. 400 Leute beim großen Abschlußplenum) schwer möglich war. Ernst nehmen sollte man diese Kritik auf jeden Fall und sich die Zeit nehmen zu überlegen, wie man gerade diese grundlegenden Dinge in Zukunft verändert. Nur so kann es möglich sein, das Grenzcamp in den nächsten Jahren zum festen Bestandteil linker Protestkultur zu etablieren und auszubauen.

Stellt sich nun angesichts der Anschläge in den USA die Frage, welchen Weg das Camp in Zukunft nehmen wird, wenn den Schills, Schilys, Schröders und wie sie alle heißen, nichts besseres einfällt, als innen- und außen politisch aufzurüsten um damit das Wort Freiheit völlig aus unserem Sprachgebrauch verschwinden zu lassen. Die dadurch verursachte pauschale Stigmatisierung von Migranten in Deutschland, der mehr denn je auftretende Haß gegenüber Moslems und die angekündigte Verschär-

fung der Einwanderungsgesetze setzen eine Rechtsrucklawine in Gang, die einen Großteil linker Politik der letzten Jahren zunichte macht und dumpfer rechter Gesinnung eine Daseinsberechtigung verschafft, mehr denn je. Wie müssen Aktionsformen in Zukunft aussehen, um gegen diese Schweinepolitik angehen zu können? Sind Veranstaltungen wie das Camp dann überhaupt noch sinnvoll, wenn sich die Bedingungen derart verschärfen? Wird jede Form nichtfriedlichen Protestes demnächst als Terrorakt deklariert? Viele Fragen, wenig Antworten - aber das nächste Grenzcamp kommt bestimmt.

Zitate des Quartals

»Infinite Justice meint, daß, wer nicht glauben will, daran glauben muß. Da sind sich Amerikaner und Talibaner einig: 'Nieder mit den Ungläubigen!'«

Franz Schandl in der jungen Welt vom 27.9.2001

»Die idyllische Überzeugung der Amerikaner, der Nabel der Welt, Weltmacht und absolutes Modell zugleich zu sein, ist nicht ganz falsch. Sie gründet sich (...) auf die seltsame Behauptung, die reine Utopie zu verkörpern. Mit einer an Unverträglichkeit grenzenden Naivität hat sich diese Gesellschaft auf die Idee versteift, die Verwirklichung all dessen zu sein, wovon andere immer geträumt haben: von Gerechtigkeit, Überfluß, Recht, Reichtum und Freiheit; sie weiß es, sie glaubt es, und zuletzt glauben es alle anderen auch.«

Jean Baudrillard, frz. Soziologe, in seinem Buch "Amerika", 1995

»Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist. (...) Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne den F-15-Konstrukteur McDonnell-Douglas funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, daß die Welt für McDonald's Niederlassungen und Silicon Valley-Technologie sicher ist, heißt US-Heer, -Luftwaffe und -Marine.«

Thomas Friedman in der New York Times vom 28.3.99

»Die Welt bewegt sich möglicherweise unauffhaltsam auf einen jener tragischen Wendepunkte zu, der zukünftige Historiker zu der Frage veranlassen wird, warum nicht rechtzeitig etwas unternommen worden ist.«

Ethan E. Kapstein, US-Ökonom und

Forschungsdirektor am Council of Foreign Relations, Washington (1998)

»Es gibt nur eine Kraft, die es an Fanatismus und Vernichtungswut mit dem islamischen Fundamentalismus aufnehmen kann, und das ist der Marktfundamentalismus.«

anselm jappe in Jungle World 40/2001

»Du hattest die ganze Zeit das Gefühl, du müsstest die Polizei rufen. Aber es war die Polizei!«

Alexe K. (Teilnehmerin an den Protesten in Genua bei der Erstürmung einer Schule durch die Polizei)

»Es gibt kein Grundrecht auf Ausreise.«

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD)

»Bei uns werden die Menschenrechte sowie die religiösen und politischen Rechte respektiert, was es in den islamischen Ländern sicher nicht gibt.«

Der italienische Regierungschef Berlusconi in der Zeitung "La Stampa"

»Die Bereitschaft, auch in der inneren Sicherheit Verantwortung zu übernehmen, ist bei der PDS gewachsen.«

Hr. Höppner über seine künftige Koalitionspartnerin (Volksstimme vom 29.9.01)

»Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert.«

US-Außenministerin Albright in der Fernsehshow »60 Minuten« am 12. Mai 1996 auf die Frage des Moderators: »Wir haben gehört, daß eine halbe Million Kinder gestorben sind (wegen der Sanktionen gegen den Irak). Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?«

Genua im Juli 2001

Erste Thesen der Gruppe Wildcat.

In der Entwicklung der Gipfelstürme seit Seattle im November 1999 stellt Genua im Juli 2001 einen Wendepunkt dar - in mehrfacher Hinsicht: in der erstmaligen breiten Thematisierung von Migration und Ausbeutung; in der breiten sozialen Mobilisierung, die in Italien weit über den Kreis der »event-hopper« hinausging; und schließlich in der staatlichen Reaktion auf diese Mobilisierungen, was sich schon in Göteborg abzeichnete und wohinter mehr steckt als eine Berlusconi-Regierung.

1. Migration

Mit der großen Demonstration am Donnerstag, den 19. Juli, wurde zum ersten Mal in der Serie von Gipfelstürmen »gegen die Globalisierung« die Migration und die damit verbundene Ausbeutung zum Thema gemacht und dies unter großer Beteiligung von ImmigrantInnen. Durch die Repression der folgenden Tage wurde die Demo am Donnerstag in den Schatten gerückt, sie war aber vielleicht das politisch Wichtigste an Genua. Etwa 50 000 Leute, darunter 5000 MigrantInnen in einem eigenen Block, demonstrierten gegen die Illegalisierung und die Ausbeutung von zugewanderten Menschen. Die Versuche des Staates, ein Zusammenkommen der Eingewanderten mit den restlichen Protestierern zu verhindern, sind fehlgeschlagen. Darin liegt die Chance, über eine diffuse »Globalisierung von unten« hinauszugehen und die reale proletarische »Globalisierung« offensiv in den Mittelpunkt zu stellen.

Für Italien hat dies eine besondere Bedeutung. Italien war jahrzehntelang ein Auswanderungsland. Die Einwanderung aus Afrika oder aus Osteuropa ist erst vor ca. zehn Jahren sichtbar geworden und war von harten rassistischen Angriffen begleitet, mit Verletzten und auch vielen Toten. Der Block von MigrantInnen in Genua zeigte einen gewissen Grad an Organisation und kämpferisches Selbstbewusstsein.

Die Frage der Migration stellt sich aber heute in allen kapitalistischen Metropolen auf gleiche Weise und wird vom Kapital in den Ländern der Europäischen Union als ein allgemeines Problem diskutiert: das Kapital braucht mehr Einwanderung von Arbeitskräften, nicht nur quantitativ, sondern als Durchmischung und Neuordnung der bisherigen Klassenverhältnisse. Zugleich sind sie aber von vornherein mit dem Selbstbewusstsein und den offensiven Forderungen der ImmigrantInnen konfrontiert, wie z.B. auch die Kämpfe der MigrantInnen in Spanien gegen das neue Einwanderungsgesetz und für massenhafte Legalisierung gezeigt haben.

Eine Woche nach Genua wurde im italienischen Parlament die illegale Einwanderung zum Verbrechen erklärt, das mit bis zu vier Jahren Knast bestraft werden kann (ähnliche Pläne gibt es jetzt in der BRD). Außerdem wurde der Aufbau weiterer Abschiebeknäste beschlossen. Die verschärfte Repression der Staaten überall in Europa gegen eigenständige Wanderungsbewegungen richtet sich nicht gegen Einwanderung überhaupt, sondern sie zielt auf die Kontrolle der MigrantInnen als Arbeitskraft für das Kapital.

2. Eine neue Bewegung in Italien

Der Großteil der Demonstranten kam aus Italien, für viele war es das erstemal, daß sie so große Demonstrationen erlebten. Die Demo am Freitag übertraf zahlenmäßig alle Demos, die es in den letzten Jahren in Italien gegeben hat. Genua vermittelte den Eindruck einer politkulturellen Bewegung - z.B. waren beim Manu-Chao-Konzert am Mittwoch abend vor der MigrantInnen-Demo viele junge Leute aus Genua. Die Massenmilitanz am Freitag war von niemandem mehr kontrollierbar, sie drückte auch ein Lebensgefühl und eine offensive Haltung aus.

Natürlich war Genua auch ein Ausdruck des breiten politischen Bündnisses von linken Parteien, Gewerkschaften bis zu den Centri Sociali gegen die Berlusconi-Regierung. In Italien war Genua vor allem eine Mobilisierung gegen diese neue Regierung.

Dahinter steckt nicht nur (allerdings auch!) das politische Spiel von Parteien wie Rifondazione, sondern auch die Verschärfung des sozialen

Konflikts. Anfang Juli gab es eine Reihe von Streiks in der Metallindustrie, mit großen Demonstrationen in Turin, Rom, Bologna, Florenz, Genua und einigen südlichen Städten wie Palermo. Vertreter des Genoa Social Forum sprachen auf den Demos und tausende junge ArbeiterInnen riefen »Wir gehen nach Genua!«. Ebenso waren Flughäfen durch Streiks von Fluglotsen, Piloten und Flugbegleitern betroffen. Im Herbst stehen in Italien Tarifauseinandersetzungen an, das Gesundheitswesen soll privatisiert werden, etc.. Die Auseinandersetzungen in Genua, sowohl die Entschlossenheit, mit der die Leute gegen die Bullen vorgegangen sind, als auch die verschärfte Repression lassen sich auch als Vorgeschmack zukünftiger Auseinandersetzungen verstehen.

3. Sozialer Konflikt und Krise

Dabei geht es nicht nur um Italien - und auch die Härte und Taktik des Bulleneinsatzes läßt sich nicht nur aus der italienischen Situation verstehen (siehe Punkt 4.). Hinter der Eskalation auf der Straße ging völlig unter, daß es kaum noch eine Basis für die G8-Treffen gibt. Die Weltwirtschaft rutscht in eine ihrer - vielleicht schwersten - Krisen und die versammelten Staatsoberhäupter können sich zu diesen Fragen nicht mehr einigen: weder in der Einschätzung, noch in der Frage, wie sich diese Krise regulieren läßt.



Mit der Zunahme von Entlassungen und Betriebsschließungen, dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und den überall geplanten Kürzungen von sozialstaatlichen Leistungen, verbunden mit einem massiveren Druck an den Orten der Ausbeutung, sind soziale Konflikte anderen Ausmaßes absehbar. In Frankreich wird die Entlassungspolitik von Konzernen wie Danone und Moulinex breit diskutiert und die Wut mühsam in wirkungslose Boykott-Kampagnen und Gesetzesentwürfe kanalisiert. In England kam es diese Jahr wiederholt zu Riots von Jugendlichen, denen Blairs New Labour nix mehr zu bieten hat. Auch wenn es den Gipfelstürmern selber nicht bewußt ist, ihre militante Aktion gegen die Symbole des Kapitals und seine Vertreter hat für die Herrschenden angesichts der heraufziehenden Krise und ihrer eigenen Ratlosigkeit eine bedrohliche Beispielfunktion. Darum müssen sie - und nicht nur Berlusconi - von Anfang an klarmachen, dass sie eigenmächtiges Handeln egal in welcher Situation nicht hinnehmen werden.

Nach Jahren einer zerstrittenen, paralysierten und handlungsunfähigen Linken sind die Mobilisierungen zu Seattle usw. zum erstenmal keine Eintagsfliegen mehr. Das scheint den Herrschenden nach Prag, Nizza und Davos klar geworden zu sein ...

4. Repression als Ersatz für soziale Vermittlung

In der Polizeitaktik in Genua, aber auch schon in Göteborg und Neapel, ging es ganz offensichtlich nicht darum, Randalen und Sachbeschädigungen zu verhindern, sondern sie für eine gezielte Eskalation auszunutzen. Es wurden gezielt friedliche Demonstranten und eine kritische Öffentlichkeit (Journalisten, Medienaktivisten) angegriffen. Dafür wurde die Randalen gebraucht und sicher werden dabei auch einige Bullen-Provokateure mitgemischt haben. Aber jetzt die Massendemilitanz daraus zu erklären, ist bereits der Vollzug der Spaltung, um die es bei dieser Bullentaktik geht (die übrigen auch anderswo in letzter Zeit angewandt wird, wie beim 1. Mai in Berlin). Die friedfertigen Teile der Globalisierungskritiker sollen soweit eingeschüchtert werden, dass sie sich in Zukunft von Demos fernhalten, jeder Form der Militanz abschwören und damit wieder zum rein repräsentativen Protest und zur Beteiligung in den vorgegebenen Bahnen der Demokratie zurückkehren.

Das für alle überraschende Ausmaß der Bullengewalt hat auch etwas mit den italienischen (und nicht »chilenischen«!) Verhältnissen zu tun. Italien hat den verhältnismäßig größten Polizeiapparat Europas. Immer wieder kam es auf Demonstrationen zu Schüssen, die Verletzte und Tote zur Folge hatten. Das alles ist nicht nur die Politik einer rechten Regierung unter Berlusconi, sondern über viele Jahre hinweg unter linken Regierungen organisiert und praktiziert worden, wie z.B. auch die Herauslösung der Carabinieri aus dem Militär und ihre Sonderrolle als der Regierung unterstellte Polizeitruppe (etwa dem deutschen BGS vergleichbar). Und natürlich wußten die prügelnden und schießenden Bullen, dass sie von oben gedeckt werden.

Die italienische Polizei hatte auch schon im März diesen Jahres bei der Demonstration gegen das »Globale Forum zu Informa-

tionstechnologien« am 17.3. brutal auf friedliche Demonstranten eingeknüppelt, die sie eingekesselt hatte - damals war noch nicht Berlusconi an der Macht. Dieses Ereignis ist hier kaum diskutiert worden; es zeigt, dass die Wende im staatlichen Vorgehen gegen die »global action days« nicht einfach auf den Machtantritt von Berlusconi zurückgeführt werden kann.

In Göteborg war es das »demokratische Schweden«, das die Bullen auf friedliche StraßentänzerInnen einprügeln und auf Demonstranten schießen ließ. Und auch in Göteborg war die Randalen auf der Straße gezielt benutzt worden, um eine Eskalation herbeizuführen. Die Angriffe auf friedliche Demonstranten sind kein Versehen oder Zufall (wie es nun einige zu deuten suchen, oder wie es Vertreter der »tute bianche« unmittelbar nach der Ermordung von Carlo Giuliani den Bullen vorwarfen und sie aufforderten, zu den Camps des »schwarzen Blocks« zu gehen), sondern markieren die Tendenz zum kapitalistischen Krisenstaat.

In dem Maße, in dem sozialstaatliche Vermittlungsformen wegfallen oder ihre Wirksamkeit verlieren, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als zur Repression gegen jede selbständige Bewegung überzugehen - im von Rechten regierten Italien ebenso wie im sozialdemokratischen Schweden und in der rotgrün regierten Bundesrepublik Deutschland. Die Angriffe der Bullen auf Demonstranten in Göteborg und in Genua galten nicht allein den unmittelbar Angegriffenen, sondern allen, die genug Gründe hätten, ihre Bedürfnisse gegen das Kapital militant und kollektiv durchzusetzen. Hier sollten präventiv die Grenzen von Bewegung abgesteckt werden, da in der Krise andere Vermittlungsformen immer weniger greifen. Trotzdem werden sie auch weiterhin die Repression mit Angeboten an die sogenannte »Zivilgesellschaft« verknüpfen, sich an Krisenregulierung zu beteiligen - nicht nur, um die Bewegung zu spalten und zu befrieden, sondern auch, weil sie



dieses kritische Regulierungs- und Vermittlungspotential tatsächlich brauchen (besonders grüne Spitzenpolitiker haben sich sofort nach Genua in diese Richtung geäußert).

5. Ende des Event-Hopping: Neue Qualität und Bruchpunkte

Nach Genua war die Diskussion von der Repression beherrscht, die alles andere (wie z.B. die Mobilisierung der Migranten) überlagert. Die Schwäche der »Bewegung« liegt darin, dass sie vorwiegend völlig selbstbezogen über die Repression gegen die Linke diskutiert, obwohl der Staat die Gewalt immer als soziale Gewalt versteht - d.h. als eine Gewalt, die als Rahmenbedingung für eine antagonistische Klassengesellschaft unerlässlich ist. Im Politikverständnis vieler Linker existiert Bewegung nur als ihre eigene Aktivität, weshalb sie den Staat nur im Gegensatz zu sich selbst aber nicht als den notwendigen Rahmen einer auf sozialer Gewalt - Ausbeutung und Armut - beruhenden Gesellschaftsordnung begreifen.

Reflexartig wird auf den Schock der Bullengewalt in Genua oftmals mit Appellen an Recht-

staatlichkeit und Demokratie der Schutz der in den letzten Jahren viel beschworenen »Zivilgesellschaft« gesucht. Hier zeigt die Eskalations- und Spaltungspolitik des Staates Wirkung: aus der instinktiv richtigen Reaktion, »nach Genua« gemeinsame Ziele der Bewegung zu betonen, wird die Frage nach der Perspektive fast nur noch über die Repression- und/oder Gewaltfrage gestellt. Das fällt nicht nur hinter die Diskussionen »vor Genua« zurück, sondern übersieht auch die tatsächlich neuen Entwicklungen: Das wichtige Neue an Genua war, dass jenseits dieser in den letzten Jahren beschworenen »Zivilgesellschaft« in der Mobilisierung Aspekte der sozialen Gegensätzlichkeit dieser Gesellschaft auftauchten und in sie einfließen. Im Zusammenhang von Gipfelstürmen mit ihrem notwendig symbolischen Charakter geraten wirkliche Kämpfe in den Blick, über die die Linke bisher nur abstrakt diskutiert hat. Jetzt hätte sie die Gelegenheit, sich praktisch auf sie zu beziehen.

<http://www.wildcat-www.de>

Schufden für die Herrenrasse

NS-Zwangsarbeit in Magdeburg (Teil 2)

Seit einigen Jahren befindet sich in Magdeburg wieder eine Polte-GmbH, die altingesessene MagdeburgerInnen an den ehemaligen "Traditionsbetrieb" Polte-Werke erinnern dürfte. Diese 1885 vom Unternehmer Polte gegründete Fabrik für Munition und Munitionsmaschinen entwickelte sich mit dem Ersten Weltkrieg zu einem der wichtigsten Rüstungskonzerne des Deutschen Reiches. Neben dem Hauptsitz in Magdeburg gehörten bis 1945 zahlreiche Tochterunternehmen in ganz Deutschland zum Polte-Konzern. Nach 1945 gingen die Polte-Werke Magdeburg als Schwerarmaturen-Werk "Erich Weinert" in Volkseigentum über. Der letzte Standort der Polte-Nachfolger in Westdeutschland wurde 1970 aus dem Handelsregister gelöscht.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges waren bei Polte in Magdeburg 15.000 Menschen beschäftigt. Diese Zahl blieb während der Kriegsjahre trotz der vollständigen Mobilmachung aller Wehrpflichtigen in etwa konstant. Ermöglicht wurde dies ab 1943 durch die "Beschäftigung" von Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen, die gegen Ende des Krieges ca. 50% der Arbeitskräfte darstellten.

So heißt es bereits 1943 in einem Schreiben des Gewerbeaufsichtsamtes Magdeburg über die Betriebsstruktur des Poltewerks in der Poltestraße (heute Liebknechtstraße):

Gegenwärtig sind im Neuen und Alten Werk beschäftigt:

Deutsche Männer 4756 (36,6%)
West- und Ostarbeiter 1756 (13,5%)
Kriegsgefangene 88 (0,7%)

Deutsche Frauen 3796 (25,4%)
Deutsche Halbtagsfrauen 1533 (11,9%)
West- u. Ostarbeiterinnen 1552 (11,9%)
zusammen 13001 (100,0%)

In den nächsten Tagen werden der Firma 100 kriegsgefangene sowjetische Offiziere für die Geschützhülsenfabrik und 200 militärinternierte Italiener für die Patronenfabrik zugewiesen. [...] Von der Draht- und Metallwahrenfabrik Salzwedel [...] sind 55 Polinnen und 15 Französinen übernommen wurden.

(Landesarchiv Magdeburg - LHA -: Akte Polte-Magdeburg, 07.04 717M, Nr. 270, Blatt 8.)

Die ZwangsarbeiterInnen bei Polte wurden zunächst in mehreren provisorischen Lagern, u.a. in der Diesdorfer Straße und am Junkersberg untergebracht. Außerdem wurden in den Kriegsjahren 300 Gefangene aus Zuchthäusern und 200 sowjetische Kriegsgefangene aus dem Lager Altengrabow im Hauptwerk des Rüstungskonzerns zur Arbeit verpflichtet.

Am 14. Juni 1944 wurde gegenüber dem Hauptwerk in der Poltestraße ein Außenlager des KZ Ravensbrück und ab 1. September 1944 des KZ Buchenwald errichtet. Hier waren im letzten Kriegsjahr etwa 3000 weibliche - unter ihnen Jüdinnen aus Estland, Lettland und Rumänien - sowie 600 männliche Häftlinge untergebracht, die bei Polte unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mußten. Das Lager stand unter SS-Bewachung, die jedes noch so kleine Vergehen gegen die grausamen Vorschriften mit Peitschenhieben beantwortete.

Leistete ein Häftling Widerstand oder setzte sich gegen die brutalen Übergriffe der BewacherInnen zur Wehr, wurde er bzw. sie im Lager öffentlich gehenkt. Lisbeth Kneis, 1944/45 Arbeiterin bei Polte und Augenzeugin eines solchen Vorfalls, berichtete in der Volksstimme vom 6. Oktober 1956 (S. 2):

Gegenüber dem heutigen Haupteingang des Werkes war das KZ-Lager der Zwangsarbeiter. Als ich in die Nähe des Lagers kam, sah ich hell erleuchtet den errichteten Galgen und hörte den verzweifelten Aufschrei der vielen Gefangenen. Sie mußten mit ansehen, wie ihre Kameradin, die die unmenschlichen Grausamkeiten der SS-Banditen nicht mehr ertragen hatte, öffentlich gehängt wurde.

Mit dem Heranrücken der US-amerikanischen Armee begannen die Deutschen, das dichte Netz der Konzentrations- und Zwangsarbeitslager aufzulösen. So machten sich auch die Schergen des Polte-Werks daran, die werkseigenen Lager zu "evakuieren". Der Lagerteil für männliche Häftlinge wurde am 11. April 1945 aufgelöst und seine Insassen "auf Transport" in den Tod geschickt. Das Frauenlager wurde zwei Tage später evakuiert.

Die 3.000 inhaftierten Frauen mußten an diesem Tag um 6.00 Uhr in der Früh zum Stadion "Neue Welt" marschieren. Ein Magdeburger erinnerte sich an den Anblick des Zuges der ausgemergelten Häftlinge:



Gelände der ehemaligen Polte-Werke in der Liebknechtstrasse.

„Nach dem "Feindalarm" am 11.4.1945 wurden etwa 3000 Häftlinge aus dem genannten Lager durch die schon schwer zerstörte Stadt in das "Stadion Neue Welt" von Wachmannschaften getrieben. Es muß aber einigen der Häftlinge gelungen sein, sich diesem Todesmarsch durch Flucht zu entziehen. Sie irrten durch die Straßen. [...] Auf der großen Kreuzung Sedanring/Poltestraße war ein Pferdefuhrwerk zurückgeblieben auf dem sich zahlreiche Koffer und andere Gepäckstücke befanden. Vermutlich gehörten diese Angehörigen der Wachmannschaft. Als sich die Häftlinge dem Wagen näherten, wurden sie von einigen bewaffneten Hitlerjungen bedroht. Es sah ganz danach aus, daß sie auch bereit waren zu schießen. Andere Gleichaltrige schritten jedoch ein, so daß es nicht zu einer Erschießung kam.“

Die durch Arbeit und Hunger völlig erschöpften Zwangsarbeiterinnen kamen gegen Mittag im Stadion an. Als das Stadion unter Granatenbeschuß der US-Amerikaner geriet, ermordeten SS-Bewacher etwa 500 Häftlinge.

Die Neugestaltung der Gesellschaft

Murray Bookchins soziale Ökologie

Ich möchte an dieser Stelle ein Buch vorstellen, dem ich auf Grund der darin enthaltenen, sich von den gängigen Theorien abhebenden Sichtweisen und Ideen für eine ökologische und freiheitliche - eben neugestaltete - Gesellschaft möglichst viele Leser wünsche.

Im einleitenden ersten Kapitel kommt B. zu der Einschätzung, daß die heutige Gesellschaft durch eine Vielzahl von Problemen, wie z.B. einer zunehmenden Vereinzelung und Entsolidarisierung, begleitet von Selbstfindungsproblemen und einer Entfremdung der Menschen von ihrer Umwelt geprägt ist. Damit einher geht eine immer stärkere Zentralisierung und Bürokratisierung von organisch gewachsenen Lebensformen auf der einen Seite und inzwischen existenzbedrohende Umweltzerstörungen auf der anderen.

Im Gegensatz zu früheren Zeitaltern, in denen es immer wieder genügend engagierte Menschen gab, die bestehende Probleme hoffnungsvoll angegangen sind, hat sich heute aber eine allumfassende Ratlosigkeit ausgebreitet. Erklärungs- und Lösungsversuche münden immer wieder in ein Ausspielen von Natur gegen menschliche Gesellschaft, moderner Wissenschaft und Technik gegen archaische Lebensformen. Entweder wird eine nicht vom Naturzustand zu unterscheidende Gesellschaft (nach dem Motto "Zurück zur Natur") als "Lösung" angepriesen oder aber einer Entwicklung der Technik bis hin zu einer völligen Abkopplung des Menschen von der Natur das Wort geredet.

B. betrachtet dagegen die ökologischen Probleme als soziale und verweist auf zwei Tendenzen in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft: die der Entwicklung und Bereicherung und die der Zerstörung der Natur. Letztere ist dabei an die Entstehung von Hier-

archien innerhalb der menschlichen Gesellschaft gebunden, welche naturgemäß sich auch auf die Auseinandersetzung mit der Natur auswirken. Im Gegensatz zur z.B. marxistischen Theorie verneint er die Notwendigkeit der Herrschaft des Menschen über den Menschen bei seiner Befreiung aus der Herrschaft der Natur und damit auch eine geschichtlich vorbestimmte Abfolge von Gesellschaftsformationen bei der Entwicklung hin ins "Reich der Freiheit". Er betont dabei, daß der Mensch nicht als außerhalb der Natur stehend gesehen werden muß, sondern als "zweite Natur innerhalb der ersten". Das derzeitige Mißverhältnis von Gesellschaft und Natur erwächst aus Spannungen innerhalb der Gesellschaft und nicht zwischen Gesellschaft und Natur. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die wirklichkeitsverschleiende Rolle der Benutzung solcher Begriffe wie "Menschheit" oder "Zivilisation" bei der Klärung der Schuldfrage für diesen Zustand, durch welche die bestehenden Antagonismen innerhalb der Gesellschaft verkleistert werden. Allerdings reiche die Existenz von und der Kampf zwischen verschiedenen Klassen als Erklärung für diese Konflikte allein nicht aus. Er erweitert die Herrschaftsproblematisierung auf bestehende Hierarchien auch z.B. zwischen den Geschlechtern, Generationen, Nationen etc. und stellt deren (nicht gesetzmäßige) Entstehung und Entwicklung im historischen Zusammenhang dar, wobei er auf die in der Geschichte immer bestehenden alternativen Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einer freien Gesellschaft verweist. Erwähnt wird hierbei bspw. der Kampf der mittelalterlichen Städte als "Horte des Kosmopolitismus" gegen die entstehenden Nationalstaaten, welcher immer wieder zu städtischen

Erhebungen bis hin zur Pariser Kommune geführt hat.

Den heutigen Kapitalismus mit seinem Wachstum um des Wachstums Willen, dem gnadenlosen Konkurrenzprinzip und der damit einhergehenden Naturzerstörung, der Militarisierung und Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens charakterisiert B. als "Verkörperung sämtlicher Krankheitserscheinungen der Zivilisation". Folgerichtig verweist er auch zeitgenössische "Lösungsversuche" wie die Vermarktung der ökologischen Probleme in einem "Ökokapitalismus" ins Reich der Fantastereien. Das wesentlichste Gebot der Ökologie, die ausgewogene Entwicklung zu immer größerer Vielfalt steht im diametralen Gegensatz zu der Wirtschaftsordnung der Gleichschaltung und Homogenisierung der Menschen (Stichworte Massenproduktion und -konsumtion) und der Ausbeutung der Natur. Auch wenn sich die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus immer wieder erwiesen hat und dieser u.U. keine systemimmanente Grenzen hat, eine externe gibt es in jedem Fall: die beschränkte Belastbarkeit der natürlichen Umwelt.

All diesen Problemen und zum Scheitern verurteilten systeminternen Lösungsversuchen setzt er die Existenz von allgemeinem menschlichen Interessen, wie des Freiheitsideals, der Solidarität und Kooperation..., denen zur Durchsetzung gegenüber den partiellen Klassen-, Geschlechter-, nationalen etc. verholten werden muß, entgegen.

Er vermerkt eine ständige Weiterentwicklung des Freiheitsideals in der Geschichte und unterscheidet zwischen der Forderung nach Gerechtigkeit, d.h. einer formell-juristischen Gleichheit (Ungleichheit unter Gleichen), wie sie in den heutigen Industriestaaten besteht und der Forderung nach Freiheit, d.h. der Gleichheit der Ungleichen, die auch die unterschiedlichen Ausgangslagen der unterschiedlich gearteten Menschen berücksichtigt.



Der Autor, Murray Bookchin (Jahrgang 1921), lebt als Schriftsteller in den USA. Er entwickelte sich unter dem Eindruck der Stalinschen Schauprozesse und der Ereignisse in Spanien in den 30er Jahren vom Kommunisten - über eine kurze trotzkistische Zwischenstation - zum Vertreter antiautoritärer Ideen. In den 50er Jahren schreibt er in verschiedenen Zeitschriften beispielsweise gegen den Totalitarismus - nicht nur - in Osteuropa und gegen den immer wieder aufkeimenden Antisemitismus. Seit Anfang der 60er Jahre beschäftigt er sich als einer der ersten überhaupt - beginnend mit einem Aufsatz über synthetische Lebensmittel - immer wieder mit ökologischen Themen. Seitdem arbeitet er auch an einer Theorie des Anarchismus, die ihre Wurzeln in einer sozialen Ökologie hat. In der 68er Bewegung engagiert er sich in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen marxistischen Strömungen und weist immer wieder auf die Notwendigkeit einer auf libertären Prinzipien beruhenden Organisation hin. In der Zeit nach deren Abflauen veröffentlicht er verschiedene Artikel über den Zusammenhang von Anarchismus und Ökologie. 1982 erscheint sein Hauptwerk "Die Ökologie der Freiheit", welches nicht zuletzt Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Ende der 70er Jahre entstehenden grünen Parteien ist, deren Entwicklung zu systemstabilisierenden Bestandteilen der Gesellschaft er schon damals vorhersagte. In den 80er Jahren entwickelt er seine Idee des Libertären Kommunalismus, deren Grundlage die Entwicklung von Gegenmacht in selbstverwalteten Kommunen ist. 1990 erschien dann sein Buch "Die Neugestaltung der Gesellschaft", das hier vorgestellt werden soll.

Für die Ausbildung einer solchen wirklichen Freiheit hält er Merkmale wie z.B. der Gleichklang von Gemeinschaft und Individualität, eine auf menschliche Größenordnungen abgestimmte Produktion wie auch einer eben solchen Form des Zusammenlebens aber auch eine technisch garantierte Möglichkeit der ausreichenden materiellen Versorgung aller Gesellschaftsmitglieder für wichtig. Auch betont B. das Element der Wahlmöglichkeit auf rationaler und ethischer Grundlage, also der bewußten Entscheidung für bzw. gegen eine geschichtliche Alternative. Und nicht zuletzt verweist er auf das notwendige Element der Lebensfreude.

Die sich aufdrängende Frage, wer nun einer solchen freiheitlichen Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen soll, wird bei B. nicht mit einer Eingrenzung auf eine bestimmte Klasse, Rasse oder dergleichen beantwortet. B. rechnet zuerst mit der heutigen sogenannten Linken ab: "Was heute als Revolutionismus, Radikalismus und Linke durchgeht, wäre vor ein oder zwei Generationen als Reformismus oder politischer Opportunismus abgelehnt worden." Er verweist auf die Fähigkeit des Kapitalismus, sich seine Opposition einzuverleiben und auf das Scheitern der des "proletarischen Sozialismus" mit seinem ökonomischen Determinismus ("Das Sein bestimmt das Bewußtsein."), was eine unzulässige Vereinfachung der in Wirklichkeit vielschichtigeren Probleme darstellt. Die revolutionäre Phase des Proletariats lag ausschließlich in seiner Anfangsperiode, als ursprünglich autonome Handwerker bzw. Bauern in das ihnen fremde Fabrikssystem gepreßt wurden und durch den Verlust all ihrer vertrauten Umgebungen radikalisiert wurden. Das würde auch erklären, warum die wenigen sogenannten sozialistischen Revolutionen meist nur in ihrer industriellen Entwicklung am Beginn stehenden Ländern ausbrachen (Rußland, Spanien, China...).

Ebenso wendet B. sich gegen die "Embryontheorie", nach der die zukünftige herrschen-

de Klasse bereits in der alten Gesellschaft wichtige Machstellungen erlangt, bevor sie in einer revolutionären Umwälzung endgültig an die Macht gelangt. Das Proletariat wird niemals eine ähnliche ökonomische Macht im Kapitalismus entfalten können, wie das z.B. die Bourgeoisie im Feudalismus hatte. Auch ist das völlig von den Massenmedien beherrschte moderne Proletariat heute nicht mehr Feind, sondern "Vertragspartner" der Bourgeoisie. Genauso verhängnisvoll wirkt sich die tödliche Fabrikroutine zähmend auf die Arbeiterklasse aus, die zudem in eine Reihe von Fraktionen gespalten wurde und durch ein ausgefeiltes Krisenmanagement (Gewerkschaften, Betriebsräte, Parteien...) verwaltet wird. Auch kann heute nicht mehr von einem zahlenmäßigen Wachstum des Proletariats wie zu Marx' Zeiten die Rede sein.

Mit dem Scheitern des proletarischen Sozialismus ist auch das seines wichtigsten ideologischen Vertreters, des Marxismus in all seinen Spielarten verbunden. Dieser sah die Arbeiterklasse ähnlich wie sein Gegner als ökonomische Objekte und vertraute auf einen Automatismus der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Das führte soweit, daß unter Stalin eine ganze Generation dem Glück der nächsten geopfert wurde, eine bis zu Ende getriebene Konsequenz der Betrachtung von Menschen als Instrumente der Geschichte.

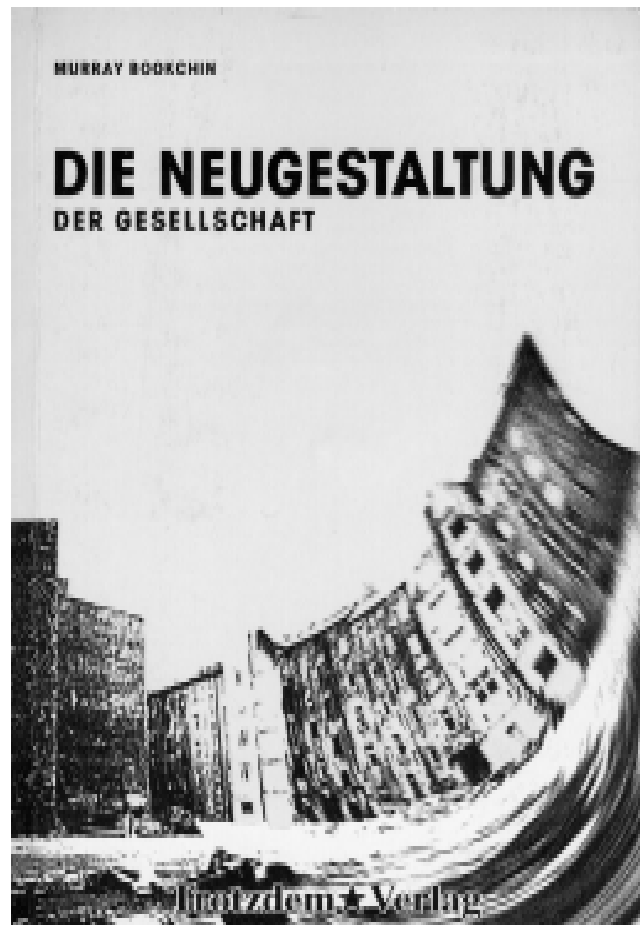
Allerdings würdigt B. auch einige Verdienste Marxens, wie z.B. dessen Erkenntnis, daß der Kapitalismus ein bis dahin nicht gekanntes tiefes Gefühl des Mangels in den Menschen hervorruft (Entfremdung, Warenfetischismus...) oder die zu seiner Zeit meisterhafte ökonomische Analyse.

B. setzt dagegen u.a. eine Rückbesinnung auf bestimmte vorkapitalistische Werte, wie bspw. das damals vorherrschende Prinzip der Kooperation anstelle der gegenseitigen Konkurrenz und fordert einen kontinuierlichen Druck, eine ständige Suche nach Schwachpunkten im System durch aktiv handelnde

Menschen, die die allgemeinemenschlichen Interessen durch rationales und ethisches Handeln zum Maßstab ihres Handelns machen. B. betont die Bedeutung der Spontaneität ebenso wie die des Gemeinschaftslebens, welches nicht nur ein (sekundäres) Element des Überbaus darstellt, sondern eine enorm wichtige Rolle bei der Herausbildung solidarischen Verhaltens spielen kann und spielt.

Als einen Schritt in Richtung des zu schaffenden neuen "revolutionären Projekts" sieht er die Entstehung der "Neuen Linken" mit der 68er Bewegung. Inwiefern er diese Prognose heute – nachdem etliche Protagonisten des Widerstandes von damals nun an den Schalthebeln der Macht gelangt sind – noch aufrechtzuerhalten ist, ist sicher genug Stoff für ein neues Buch.

Wer mehr über Bookchin erfahren will, kann das auf den WWW-Seiten des von ihm geleiteten "Institut für soziale Ökologie" unter <http://www.social-ecology.org/> tun. In der Zeitschrift "Schwarzer Faden" (<http://www.txt.de/trotzdem>) werden ebenfalls regelmäßig Beiträge von Bookchin veröffentlicht.



Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft

Deutsche Erstausgabe 1992

ISBN: 3-922209-35-1

Trotzdem Verlag 1992, 250 S., 24,-



Zeitungsschau

Wie gehabt wollen wir Euch wieder einige aktuelle Zeitschriften vorstellen, die im Archiv eingetrudelt sind und die ihr bei uns einsehen und aus denen auch Artikel kopiert werden können.

Die Herbst-Ausgabe der **Ö-Punkte** ist einem Thema, das in der letzten Zeit allseits recht stiefmütterlich behandelt wird, gewidmet: „Utopien“. In einem einleitenden Beitrag wird das Für und Wider der Beschäftigung mit „Visionen“, über die Möglichkeit oder den Sinn, die Zukunft vom heutigen Standpunkt aus zu denken, diskutiert. Gegen ein allzu realitätsblindes „Ausspinnen“ der Zukunft wird das Projekt der „konkreten Utopie“ gesetzt, deren Verwirklichung hier und heute ansetzen soll. Im weiteren werden einige Bücher - bis hin zum utopischen Roman vorgestellt. Außerdem gibt es noch mehrere Zeitzeugenberichte aus Genua mit dem Schwerpunkt Verhältnis „Schwarzer Block“ - „friedliche DemonstrantInnen“.



Im Heft 10/2001 der Zeitschrift **Sozialismus** gibt es - neben Stellungnahmen zum „Schwarzen September“ in den USA - einen interessanten Artikel von Bischoff/Detje,

der sich mit dem Verfall der Demokratie in den Ländern des Westens auseinandersetzt. Sie verweisen darauf, dass in nahezu allen Ländern ein Rückgang der Wahlbeteiligung wie auch der Parteimitgliedschaften zu verzeichnen ist und er-

klären das zum einen mit den wachsenden sozialen Ungleichheiten wie auch mit den zunehmend von Angst und Ohnmacht geprägten Alltagserfahrungen der meisten Menschen. Ein Großteil der Menschen in Ost und West und quer durch alle sozialen Schichten sei nach wie vor autoritär geprägt. Allerdings sind die von ihnen vorgeschlagenen Alternativen auch alte Hüte: sie fordern die Rückkehr zum Sozialstaat, zur Regulierung des Kapitalismus und sehen gar Ansatzpunkte dafür in der Politik von Schröder.



In der aktuellen Ausgabe (#255) der Zeitschrift **blätter des iz3w** geht es

schwerpunktmäßig um das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Thematisiert werden dabei u.a. die voyeuristischen Züge die mit modernen Kommunikationsmitteln (Handys...) oder entsprechenden Fernsehschows Einzug halten, andererseits der Rückzug breiter Bevölkerungsschichten aus der (politischen) Öffentlichkeit. Ein Großteil davon ist aber auch Resultat neoliberaler Hegemonie, die bspw. Armut zur Privatangelegenheit deklariert, einschließlich der daraus folgenden repressiven Praktiken gegenüber nicht ins Raster der Konsumwelt Passenden. Aber auch die Reichen schotten sich in eigenen Vierteln - nicht nur in der dritten Welt - zunehmend ab.



Wer die Veranstaltung mit den ukrainischen GewerkschafterInnen im Archiv verpaßt hat, kann in der **direkten aktion** Nr. 147 einigen Hintergründe zur Situation in der Ukraine und den Kampf der ukrai-

nischen Anarcho-SyndikalistInnen gegen diese Zustände finden. Dazu findet sich noch ein Bericht von einem unkonventionellen und erfolgreichen Arbeitskampf in einem ukrainischen Atomkraftwerk. Dort drohten die Angestellten mit der sofortigen Abschaltung des AKW, blockierten alle Zufahrtswege und erzwangen damit die Auszahlung der ausstehenden Gehälter.

express
Zeitung für Betriebs- und
sozialistische Gewerkschaftsarbeit

In der Nummer 6-7/2001 des *express*, der Zeitschrift der Gewerkschaftslinken, gibt es diesmal einen interessanten Artikel über den „stillen Abgang auf die Quote und den glanzvollen Aufstieg der Humanressource Frau“, weiterhin - neben der in dieser ständig präsenten Debatte der Zukunft der Gewerkschaften - einen Bericht aus einer sogenannten „freien Produktionszone“ in Sri Lanka.

ak analyse & kritik
Zeitung für Arbeitslose und Prekäre

In der Zeitschrift **analyse und kritik** (#454) nimmt die allseitige Beleuchtung des Themas Bombenterror und Vergeltungsfeldzug breiten Raum ein. Kritisch unter die Lupe genommen werden dabei nicht zuletzt die Reaktionen der deutschen Linken. Im weiteren gibt es Hintergrundartikel zur Situation in den mit Hilfe der NATO 'befreiten' (Mazedonien, Jugoslawien) und noch nicht befreiten (Belarus) Staaten. In den vorangegangenen Ausgaben gab es einen Schwerpunkt „Herausforderungen des globalen Protestes“ (#452) sowie ein ziemlich erschreckendes Gedächtnisprotokoll eines in Genua Inhaftierten (#453).

quer

Die - übrigens generell sehr zu empfehlende - Zeitschrift **quer**, eine überregionale Zeitschrift für Erwerbslose, nimmt Koch(s)rezepte zur Verschärfung des Arbeitszwanges für Sozialhilfeempfänger nach dem Modell des hessischen Partner-Bundesstaates Wisconsin unter die Lupe. Mit dem Program W2 (Wisconsin works) versucht der us-amerikanische Bundesstaat massiv Kosten für Sozialhilfe einzusparen, indem nur noch der Almosen erhält, der sich entsprechenden Maßnahmen (Arbeitstraining, Qualifizierungsmaßnahmen, Suchttherapien...) unterwirft und grundsätzlich bereit ist, jede Arbeit anzunehmen. Ein weiterer Schwerpunkt sind die gesetzlichen Regelungen zur „Hilfe zur Arbeit“. Es wird u.a. untersucht, unter welchen Bedingungen mensch wirklich gezwungen ist, sich dieser Art von Schikane zu unterwerfen. Neben solchen praktisch verwertbaren Informationen gibt es wieder jede Menge Klasse Karikaturen. (Siehe dazu die div. Ausgaben der *quer* entnommenen Karikaturen in diesem Heft.)

müßiggangster
KONTEMPLATIONSBLATT DER GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN

Etwas anders gehen die „Glücklichen Arbeitslosen“ in ihrer Zeitschrift **Müßiggangster** mit dem Thema Arbeitslosigkeit um. Neben satirisch angehauchten Artikeln (die zu lesen ein Genuß ist) gibt es aber auch „ernsthafte“ Artikel, z.B. zum „Existenzgeld aus anarchistischer Sicht“ oder über die Call-Center-Offensive, eine Initiative von Beschäftigten, die sich gegen die großteils unzumutbaren Arbeitsbedingungen in diesem derzeit expandierenden Wirtschaftsbereich zur Wehr setzen.

„Born To Be Wild“

Gedanken aus der Hängematte. Von G.H.

Ein Motto, das noch heute für Freiheit und Ungebundenheit steht, aber auch gleichzeitig für Frieden und Toleranz und zwar nicht nur in Bikerkreisen, sondern auch oft noch für viele junge Musiker im Rockbereich, die mit dem gleichnamigen Titel der Gruppe „Steppenwolf“ ihre ersten Schritte wagen.

Einer der Rock-Titel aus den „Gülden“-Vietnam-Krieg-„Sechzigern“, der bis heute jung geblieben ist und nichts von seiner Frische und seiner Botschaft eingebüßt hat. Ganz im Gegensatz zu einigen damals noch wilden jungen Revoluzzern, die einen Schritt zurückgegangen sind in eine Zeit, die sie einst selber zu bekämpfen vorgaben.

Konkret gemeint sind damit solche Polit-Karrieristen aus der Sozialdemokratie und den Grünen sowie ehemalige SED- und FDJ- Funktionäre, sogenannte Wendehälse, die heute, schlimmer noch als die Konservativen oder als Fortsetzung deren Politik, dieses Land regieren und Stück für Stück auf einen neuen Krieg vorbereiten. Der ganze Filz ist so klar ersichtlich wie undurchschaubar, aber eines steht fest: eine Große Koalition der Reichen über die Armen ist längst Realität und wird Stück für Stück ausgebaut und verschärft.

Und ich wage eine Prognose: bald wird auch der andere Flügel der deutschen Sozialdemokratie, der sich heute noch PDS nennt und oppositionell gibt, dazustoßen. In Wähler-Verarschung hat man sich ja schon eine Weile geübt und in puncto Korruption zieht man nun endlich auch nach.

Aber welch helles Licht erstrahlt da am dunklen Horizont. Endlich wurde in Sachsen- Anhalt eine Partei gegündet, die dem Volk auf's Maul geschaut hat und alles ändern will, von der wirtschaftlichen Misere bis zum Wahlbetrug der etablierten Parteien. Der ganze Schwindel nennt sich Oppositionspartei Deutschlands OPD, mit dem verräterischen Anhängsel Ostpartei, weil von hier aus angeblich die neue deutsche Sonne aufgehen soll. Dieses ganze Partei-Gefasel kann im Internet auf „www.ostpartei.de“ nachgelesen werden. Pappnasen, kann man dazu nur sagen, als ob sich die Mächtigen einfach so mir nichts dir nichts abwählen lassen würden oder als ob die deutschen Kapitalmagnaten plötzlich ihre erschwindelten Besitztümer mit dem gemeinen Volk teilen wollen. Ich erinnere nur an das geplatze Verarschungs-„Bündnis für Arbeit“. Und ich erinnere auch an das Jahr 1933, als es die Mächtigen für nötig erachteten, mit einem Führer ihrer Wahl endlich Ordnung zu schaffen und um einer vielleicht drohenden Neuaufgabe der Revolution von 1918 zuvorzukommen.

Daß die Geschichte des Klassenkampfes noch nicht am Ende ist, wird erkennbar, wenn der Leser sich das folgende Gedicht von Bertolt Brecht zu Gemüte führt und mit der heutigen Situation vergleicht.

Zum Schluß noch mein Literaturtip. Diese Ballade ist einem Bühnenstück aus dem Jahr 1938 von Bertolt Brecht (1898-1956) entnommen: „Die Rundköpfe und die Spitzköpfe oder Reich und reich gesellt sich gern“, erschienen bei Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1988. Vertont wurde die Ballade schon 1934 von Hanns Eisler (1898-1962), mit Noten abgedruckt in: „Brecht Liederbuch“, 1984 erschienen bei Suhrkamp .

Beide Bücher können auch in der Magdeburger Stadtbibliothek entliehen werden.

Schönen Gruß aus der Hängematte und Born To Be Wild:

G.H.

Die Ballade vom Wasserrad

Von den Großen dieser Erde
Melden uns die Heldenlieder;
Steigend auf so wie Gestirne
Gehn sie wie Gestirne nieder.
Das klingt tröstlich und man muß es wissen.
Nur für uns, die wir sie nähren müssen
Ist das leider immer ziemlich gleich gewesen.
Aufstieg oder Fall: wer trägt die Spesen?

Freilich dreht das Rad sich immer weiter
Daß, was oben ist, nicht oben bleibt.
Aber für das Wasser unten heißt das leider
Nur: daß es das Rad halt ewig treibt.

Ach, wir hatten viele Herren
Hatten Tiger und Hyänen
Hatten Adler, hatten Schweine
Doch wir nährten den und jenen
Ob sie besser waren oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer
Und uns trat er. Ihr versteht: ich meine
Daß wir keine andern Herren brauchen, sondern keine!

Freilich dreht das Rad sich immer weiter
Daß, was oben ist, nicht oben bleibt.
Aber für das Wasser unten heißt das leider
Nur: daß es das Rad halt ewig treibt.

Und sie schlagen sich die Köpfe
Blutig, raufend um die Beute
Nennen andre gierige Tröpfe
Und sich selber gute Leute.
Unaufhörlich sehn wir sie einander grollen
Und bekämpfen. Einzig und alleinig
Wenn wir sie nicht mehr ernähren wollen
Sind sie sich auf einmal plötzlich völlig einig.

Denn dann dreht das Rad sich nicht mehr weiter
und das heitre Spiel es unterbleibt.
Wenn das Wasser endlich mit befreiter Stärke
Seine eigne Sach betreibt.

Bertolt Brecht

Tränenreicher Abschied

Nicht nur wir, sondern auch unsere große Schwester, die "Magdeburger Volksstimme", kann sich einfach nicht von ihrem Liebling W. Polte trennen. Trotzdem olle Willi bereits seit einiger Zeit sein Unwesen ausserhalb der Bördemetropole treibt, gibt es immer wieder flammende Nachrufe auf den nun auch noch mit dem Bundesverdienstkreuz dekorierten "Spitzensportler".

In der Ausgabe vom 10.8. kommt W.P. gar höchstselbst zu Worte: "Ich war gewiß nicht fehlerfrei, aber ungewöhnlich erfolgreich." Der ebenso kurze wie servile Kommentar der Hofschreiberlinge auf die gewiß nicht übertriebene, aber ungewöhnlich selbstkritische Selbsteinschätzung des ex-obersten Bördebauern: "Das stimmt."

Niedlich auch sein pubertärer Stolz auf gelnde Handy: "Ich (Polte), denn "Ruhe Vollblut-Politiker me). Und schließlich Zappelfillip gar zu ei-

»Die goldenen Jahre sind vorbei!«

Der frischgebackene Bürgermeister von Niegripp, Willi Polte, nach seinem Amtsantritt (Volksstimme vom 29.9.01)

zugegeben etwas das ständig klinmöchte das so!" macht den quirligen krank." (Volksstimme kommt unser nem der Wahrheit

schon recht nahe kommenden Resümee seiner Amtszeit: "Man muss besessen und in den eigenen Erfolg verliebt sein."

So selbstverliebt, dass man auch noch stolz in die Öffentlichkeit hinausposaunt, wie sehr einem Kritiker auf die Nerven gehen. Einen Leserbriefschreiber in der Volksstimme klingelte er höchstpersönlich aus der Badewanne, um sich über das "miese petrige Genörgel" des "Delinquenten" zu beschweren.

Bleibt zu hoffen, dass W.P. bei soviel Qualitäten in seinem neuen Wirkungskreis im idyllischen Niegripp nicht überqualifiziert ist. Andernfalls will er - so seine Drohung - über den Umweg Landtag wieder die Landeshauptstadt heimsuchen. Und das hat sie - mit Verlaub - nun doch nicht verdient!



Postecke

Endlich mal eine Reaktion! Nachdem wir schon aus purer Verzweiflung unsere Leserpost selbst verfasst hatten, erhielten wir endlich mal auch eine konstruktive Leserkritik, die sich vor allem auf den Beitrag „Proklamation des Jahrhunderts der Parasiten“ bezieht:

Hallo Störenfriede

Ich bin ein junger Mensch, der sich sehr für Gesellschaftspolitik interessiert und habe vor kurzem euer Heft in die Hände bekommen. Viele Beiträge zu diesem haben mir sehr gefallen, sowohl vom Inhalt als auch vom Schreibstil. Ich sehe selber als Arbeiter die Probleme, die durch diese entstehen, ich kann mich weniger auf meine geistige Arbeit konzentrieren als ich gerne würde, man wird den ganzen Tag von vorne bis hinten verarscht und weiß noch nicht mal für was. (Geld ist da wohl etwas wenig Lohn, ein guter Zweck würde da schon mehr bewirken). Trotzdem kann ich euren Standpunkt im Artikel "Proklamation des Jahrhunderts der Parasiten" nicht ganz verstehen, nicht daß ich es nicht wollte, ich kann mir nur nicht vorstellen, dass ein solches Gedankenbauwerk wirklich umsetzbar wäre. Vielleicht geht es ja noch anderen Lesern wie mir, die etwas weiter als nur bis zum Faulenzen denken wollen. Daher bitte ich euch, euer politisches Werk etwas zu verdeutlichen. Ich würde mich sehr freuen, in der nächsten Ausgabe so etwas zu finden. Denn so wie ich es glaube verstanden zu haben, ist es wohl kaum mit der Proletarier-Revolution von Marx und Mühsam vereinbar, obwohl ihr euch doch sicherlich auch auf ihre Werke stützt, oder? Wo wollt ihr euer Essen herbekommen und wie stellt ihr euch euren Heftdruck vor, wenn die Arbeiter gerade mal keine Lust haben, es fertigzu-

stellen? Ich hoffe, ihr faßt meine Fragen nicht falsch auf, ich möchte nur euren Weg und sein Ziel näher definiert wissen. Ich danke für euer Interesse, ich hoffe von euch zu hören. T.

Lieber T.

vielen Dank für deinen Brief. Das Problem, das du mit der Argumentation der „Futuristen in der SPD“ (die gibt's wirklich, zumindest virtuell - der Beitrag wurde von uns nur leicht redaktionell bearbeitet.) hast, schneidet eine derzeit viel diskutierte Frage an. Bei der Suche nach den Ursachen für das Scheitern der „alten“ Linken (Kommunisten/ Sozialdemokratie) sind nicht wenige Linke darauf gestossen, dass die Verherrlichung der Arbeit durch die Arbeiterbewegung im Grunde nur die herrschende bürgerliche Leistungsideologie beförderte und damit das kap. System stabilisierte. Die frühen Vertreter der ArbeiterInnenbewegung kämpften noch dagegen, in die „Mühlen des Teufels“ (die Fabriken) gezwungen zu werden, die nachfolgenden Generationen nur noch für Arbeitszeitverkürzung, die heutige meist nur noch darum, arbeiten zu dürfen. Es geht nicht darum, faul rumzuhängen, sondern selbstbestimmt schöpferisch tätig zu werden - für viele das absolute Gegenteil von Arbeit.

Darum geht es auch den Futuristen: ein Umdenken anzustossen um Wege für eine Emanzipation der Menschen wieder freizulegen. Wir werden uns in einer der nächsten Ausgaben mit dieser Problematik näher beschäftigen.

ine - Termine - Termine - Termine - Termine - T

Grosse Freiheit, kleine Freiheit

Frauenfilmtage (weiter Veranstaltungen unter www.frauenzentrum-courage.de)
Inge Viett (Ex-RAF) und María Barhoum (Ex-Tupamaros); zwei Frauen, die Ende der 60er Jahre für eine revolutionäre Veränderung der Welt kämpften: Inge Viett in der ersten Welt, María Barhoum in der dritten. 1999, 10 Jahre nachdem die zweite Welt zusammengebrochen ist, treffen sie sich auf Cuba. Ein Doppelportrait jenseits ihrer Verherrlichung oder Verdammung der Protagonistinnen und der sie begleitenden Umstände.
Mittwoch, 10.10., 20.00 Uhr
Feuerwache Sudenburg

Stoppt Berlusconi

Gegenaktivitäten gegen den CSU Gipfel mit Berlusconi, kein Platz für Faschisten!
12./13.Oktober 2001 in Nürnberg
Infos unter:
<http://www.stoppt-berlusconi.org/>

BUKO 24

Konferenz des Bundeskongresses
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Thema: Von Köln über Nizza und Göteborg nach München gehen.
Podien und Arbeitsgruppen zu den
Themen: Europäische Union, Globalisierung, Widerstand und staatliche Gewalt nach Genua.
12. - 14. Oktober in München
Infos unter: <http://www.buko24.de/>

Nazistrukturen zerschlagen

in Lichtenberg und anderswo
Mit dieser Demonstration wollen wir einige Nazistrukturen im Bezirk öffentlich machen und den Faschisten ihre

"sicheren Rückzugsgebiete" streitig machen.

Für die kriminalisierten AntifaschistInnen findet nach unserer Demonstration um 21 Uhr in der Linse in Lichtenberg eine Soli-Party mit diversen HipHopActs statt.

Am 13.10., Beginn: 14:00 Uhr, Treffpunkt U-Bhf. Magdalenenstr., Berlin

Energiewende jetzt!

Die aktuelle Lage in der Atompolitik und was wir in Magdeburg dagegen tun können.

Vortrag des AntiCastorNetz Magdeburg
Dienstag, 16.10., 19.00 Uhr
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Falscher Hase

Vegetarische Tatsachen und lebensverachtende Realität.
Montag, 22.10., 18.30 Uhr
im Thiembuktu, Thiemstr. 14

Rechte Frauen

Vortrag und Diskussion über die Rolle von Frauen in rechten Zusammenhängen, mit Britta Ferchland (MdL)
Donnerstag, 24.10., 19.00 Uhr
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

"Humane" Entwicklungshilfe!?!?

Aktuelle Fakten über die Entwicklungszusammenarbeit und Kritik an der Pseudosolidarität der "ersten" Welt.
Montag, 29.10., 18.30 Uhr
im Thiembuktu, Thiemstr. 14

Leipzig Disaster Area!

Den Naziaufmarsch in Leipzig auf jeden Fall verhindern!
Samstag, 03. November 2001, in Leipzig
Infos unter: <http://www.left-action.de/>

Kein Fackelumzug!

Nazis wollen einen Fackelzug durch das sächsische Grimma machen.

Das wollen wir verhindern!

Grimma, 08. November 2001

Infos unter:

<http://venceremos.antifa.net>

Warum BMW nach Leipzig kam

Eine Geschichte über Subvention und billige Firmengelände.

Montag, 12.11., 18.30 Uhr

im Thiembuktu, Thiemstr. 14

Farm der Tiere

Genialer Zeichentrickfilm, der die Entwicklung der russischen Revolution von einer Freiheitsbewegung zu einer brutalen Diktatur in einer Fabel nachzeichnet. Nach dem gleichnamigen Roman George Orwells.

Freitag, 16.11., 19.00 Uhr

im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Theoretisch Ficken?

Oder: Die Beziehungsmoral im Kapitalismus
Kapitalistische Sexualmoral, Verhältnis von Sexualität und Macht

Wochenendseminar der
jungdemokratInnen/Junge Linke
Sachsen-Anhalt

16.-18.11.2001 in der JH Magdeburg

Sinn und Existenz menschlichen Lebens

Die wirklich wichtigen Fragen.

Montag, 19.11.,

18.30 Uhr im

Thiembuktu,

Thiemstr. 14

Anzeige



VINYL CD VIDEO SHIRTS

FIRST & SECOND HAND

MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR

Freie Menschen

in freien Vereinbarungen

Der Autor liest aus seinem gleichnamigen Buch, mit anschließender Diskussion.

Montag, 26.11., 18.30 Uhr im

Thiembuktu, Thiemstr. 14

Buenaventura Durrutti, Anarchist

Das Leben des legendären spanischen Anarchisten und die Geschichte der Anarchistischen Föderation Iberiens.

Dokumentation des spanischen Fernsehens in Zusammenarbeit mit einer katalanischen Schauspieltruppe, die

verschiedene Szenen aus dem Leben des seinerzeit wohl populärsten Kämpfers gegen den Putsch Francos nachstellt.

Freitag, 30.11., 19.00 Uhr

im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Globalisierung und ihre Folgen

Ökonomischer Prozess, Auflösung des Nationalstaates & Antiglobalisierungsbewegung

Wochenendseminar der jd/JL

Sachsen-Anhalt

07.-09.12.2001 in der JH Halle

Lenin und Trotzki - Helden oder Verräter der Revolution?

Die russische Sphinx: Russische Revolution 1905 - 1924

Wochenendseminar der jd/JL
Sachsen-Anhalt
14.-16.12.2001 in der JH Wittenberg

Umgang mit Rassismus in der Schule

Der Versuch Unterrichtsprojekte zum
Thema Rassismus zu gestalten.

Montag, 10.12., 18.30 Uhr
im Thiembuktu, Thiemstr. 14

Vom Lohnsklaven zum Arbeitskraftunternehmer?

Die Arbeitsverhältnisse im Wandel.
Vortrag über die sich derzeit vollzie-
henden Veränderungen in der Arbeitswelt
und ihre Auswirkungen auf die Entwick-
lung von Gegenwehr

Mit Unterstützung von ELSA.
Sonnabend, 15.12., 17.00 Uhr
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

EU Gipfel

Nächster großer EU Gipfel. Nach Genua
darf der Widerstand nicht nachlassen!
15-16. Dezember in Brüssel (Belgien)

Der ewige Frieden

Vorstellung der Theorie von Kant und
anschließende Diskussion.

Montag, 17.12., 18.30 Uhr
im Thiembuktu, Thiemstr. 14

Ich bieg dir ' n Regenbogen

Doku von Peter Möbius/Hanno Brühl
(1998)

Erinnerungen an Rio Reiser und die
„Scherben“. In Rios Liedern steckt etwas
Grenzüberschreitendes, etwas das nach
gesellschaftlichem Aufbruch, Umbruch
und nach einer „neuen“, anderen Welt
sucht. Ein Musiker und Linker, voller
Leidenschaft, über die Verzweiflung in
der Gegenwart und die Hoffnung auf
eine gerechte Welt in der Zukunft.

Freitag, 21.12., 19.00 Uhr
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Der Störenfried im Abo

Wer in Zukunft immer aktuell informiert
sein will, der kann unsere Kollektion
journalistischer Laienkunst auch im
Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch
nun maximal noch bis zum Briefkasten
schleppen - und seid trotzdem über den
Stand der Vorbereitungen zur Weltre-
volution informiert. Allerdings hat das
auch seinen Preis: zusätzlich zu den
Kopierkosten von 1,50 kommen noch
die für die deutsche Post in Höhe von
1,10 Deemurks. Macht nach Adam Ries
und beide Augen zugeedrückt 'nen Zeh-
ner für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr na-
türlich auch nach Gutdünken mehr
Kohle rüberwachsen lassen und damit
- ohne weitere eigene Anstrengungen -
das Erstarren der revolutionären Klas-
se in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) -
notfalls auch Briefmarken - an die
Adresse auf der letzten Umschlagseite
schicken und schon kommt das Mag-
deburger Zentralorgan für Agitprop be-
quem ins Haus.

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle wie-
der aufrufen, uns rechtzeitig Eure Ter-
mine zukommen zu lassen - Kontakt-
adressen findet Ihr auf der letzten Um-
schlagseite. Am günstigsten für uns ist
natürlich eine Zusendung per Mail, da-
mit sparen wir uns das mühselige Ab-
tippen.

Redaktionsschluß für die nächste
Ausgabe ist der 15. Dezember 2001.

Kontaktadressen:

Anti-Castor-Netz Magdeburg

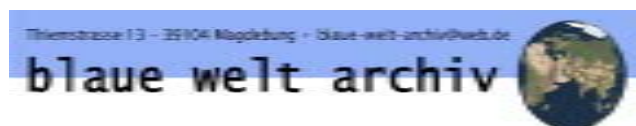
c/o BUND, Olvenstedter Str. 10
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

<http://www.crosswinds.net/~akamagdeburg>
bzw. www.antifa-md.de.vu
Email: akamagdeburg@crosswinds.net
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com
<http://www.az-md.org/>



Thiemstraße 13, 39104 MD (Buckau)
Email: Blaue-Welt-Archiv@web.de
Web: <http://www.bwa.black-red.de/>
Telefon: 0391/40829081
Öffnungszeiten: mittwochs
von 17-19.30 Uhr.



Die Gruppe MD

Informationspool im Web.
Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: mailto@die-gruppe-md.de
<http://www.die-gruppe-md.de>

bes (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>
Email: [bildungverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

Kneipe in der „Ulrike“

dienstags Videoabend, donnerstags Kneipen-
abend jeweils ab 17:30 Uhr,

Diesdorfer Str. 15 (Hinterhaus)
Infoladen und A&V täglich von 16 - 20 Uhr

Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
Email: faumd@fau.org



Harte Zeiten

Offene Jugendzeitung für Sachsen-Anhalt
Postfach 1106
39328 Hermsdorf
Tel.: 0177 / 2434264
Fax: 039206 / 51004



Email: HarteZeiten@gmx.de
<http://www.atglobal.net/hartezeiten/>

jungdemokratInnen - junge linke

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lisa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeiten jeden Dienstag ab 17.00 Uhr
in der Ebendorfer Str.3

Rechtsausschuß Magdeburg

Email: RechtsausschussMD@gmx.net
[http://www.rechtsausschuss-
md.2xs.net/](http://www.rechtsausschuss-md.2xs.net/)

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
[http://www.nadir.org/nadir/
initiativ/rote-hilfe/magdeburg/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/)



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem
schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Sonntag ab 18.00 Uhr sowie Mon-
tage-Café (siehe Terminkalender)

Kontakt:

Der Störenfried

c/o Blaue Welt Archiv
Thiemstraße 13
39104 Magdeburg

eMail: blaue-welt-archiv@web.de
Web: <http://www.black-red.de>
ViSdP: W. Wunderer
